Orthodoxie und demokratische Transformation in der Ukraine

Katrin Boeckh

Die Ukraine, das Land mit der größten Fläche in Europa nach der Russischen Föderation, ist ein multiethnischer Staat. Ihre Bevölkerung – 48,5 Millionen Menschen – setzt sich der Volkszählung von 2001 zufolge aus etwa 78 % Ukrainern zusammen, 17 % Russen, 0,6 % Weißrussen, und jeweils 0,5 % Moldauern und Krim-Tataren. Entsprechend der nationalen Zusammensetzung ist die Ukraine zwar konfessionell gemischt, Zweidrittel der Ukrainer sind jedoch orthodoxer Glaubenszugehörigkeit. Bei einer 2007 in der Ukraine vom angesehenen Razumkov-Zentrum durchgeführten Umfrage erklärten 40 % der Befragten, sie seien religiös, ohne einer Denomination anzugehören, während sich 36,5 % einer bestimmten religiösen Gemeinschaft zugehörig fühlten. Von Letzteren bekannten sich 33 % zur Ukrainischen Orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchats (UOK-KP), 31 % zur Ukrainischen Orthodoxen Kirche unter Moskauer Jurisdiktion (UOK-MP), 18 % zur unierten (griechisch-katholischen) Kirche und 2,5 % zur Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (UAOK). Weniger als 5 % der Befragten bezeichnen sich als römisch-katholisch, protestantisch, als muslimisch und jüdisch; dazu kommen weitere kleinere Denominationen. Allein fast 21 % der Befragten gaben an, nicht an Gott zu glauben.[1] Dass sich also zwei Drittel der Bewohner der Ukraine fast zwei Jahrzehnte nach dem Ende des kommunistischen Atheismus zu einer religiösen Überzeugung bekennen, unterstreicht die Bedeutung, die Spiritualität und Religion in diesem Land wieder besitzen.[2]

1 US Department of State Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, Ukraine. International Religious Freedom Report 2007, (2007).

2 Allgemein zur Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart: *Jordan* et al (Hg.), Ukraine. Geographie – Ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Literatur – Politik – Wirtschaft – Recht, (2001); *Kappeler,* Kleine Geschichte der Ukraine, (2000); *Subtelny,* Ukraine. A History, (2001); *Lüdemann,* Ukraine, (2006); *Boeckh und Völkl,* Ukraine. Von der Roten zur Orangenen Revolution, (2007). Zur staatlichen und politischen Entwicklung vgl. unter anderem

J. Leininger (Hrsg.), *Religiöse Akteure in Demokratisierungsprozessen,* Politik und Religion,
DOI 10.1007/978-3-531-19755-5_4, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Entsprechend der weiten Verbreitung der Orthodoxie ist davon auszugehen, dass ihre Vertreter auch auf der politischen Bühne eine Rolle spielten, als die Ukraine mit dem Ende des Kommunismus in die Transformationsphase eintrat und das sozialistische von einem demokratisch geprägten System ersetzt wurde. Angepasst an die spezifischen ukrainischen Bedingungen unternimmt der folgende Beitrag eine Analyse der gegenseitigen Einflussnahmen von Staat und Kirchen während der Zeit der politischen Umorientierung ab Ende der 1980er Jahre und beschreibt den neuen Platz, der Kirchen in der neuen Ukraine zugeteilt wird, den sie sich aber auch selbst suchen müssen. Die Orthodoxie steht dabei im Vordergrund.[3] Diese ist in der Gegenwart mehrfach zersplittert, so dass während der Transformationsphase in der Ukraine Vertreter der Orthodoxie oft heterogene Ansichten äußerten, wenn es um politische Fragen ging.

Vorauszuschicken ist, dass die politische und wirtschaftliche Transformation in der Ukraine nach dem Ende des Kommunismus nicht als ein kontinuierlicher, linearer Prozess verlief. Dabei trat gemäß des Transformationsmodells von O'Donnell und Schmitter[4] zwar nach dem Systemwechsel und der Unabhängigkeit 1990/1991 eine demokratische „Transitionsphase" ein, diese stagnierte jedoch in der Regierungszeit der ersten ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk (1991–1994) und Leonid Kutschma (1994–2004). Erst mit der Orangenen Revolution 2004/05 fand die demokratische „Transitionsphase" ihren Abschluss und ging mit der erfolgreich umgesetzten Wahl einer neuen politischen Elite in die „Konsolidierungsphase" über. Die von Dahl aufgestellten Minimalbedingungen für Demokratie[5] werden seit der Orangenen Revolution auch von der Ukraine erfüllt.[6] Zur fortdauernden Stärkung der Demokratisierung sind aber noch weitere Anstrengungen erforderlich. Im zwei-jährlich durchgeführten Bertelsmann Transformation Index (BTI) wird der Ukraine für das Jahr 2008 der Zustand „defekte Demokratie" und „Marktwirtschaft mit Funktionsdefiziten" zugewiesen.[7]

Vorndran, Die Entstehung der ukrainischen Verfassung, (2000); *Kuzio,* Ukraine: Perestroika to Independence, (2000).

3 Der vorliegende Beitrag nimmt insbesondere Bezug auf die Darstellung *Boeckh,* „Staat und Kirchen während der Transformation in der Ukraine", (2003); Zweitabdruck in: *Boeckh, Ivanov und Seidl,* Die Ukraine im Aufbruch. Historiographische und kirchenpolitische Aspekte der postsozialistischen Transformation, (2002).

4 *O'Donnell, Schmitter und Whitehead,* Transitions from Authoritarian Rule: Prospects for Democracy, (1986). Vgl. auch die Einleitung dieses Bandes.

5 *Dahl,* Polyarchy; Participation and Opposition, (1971); vgl. auch *ders*. Democracy and its Critics, (1989). Vgl. auch die Einleitung dieses Bandes.

6 Für die Minimalbedingungen von Robert Dahl siehe die Einleitung dieses Bandes.

7 *Bertelsmann Stiftung,* Ukraine Country Report, (2008). Zur Erläuterung der BTI-Klassifizierungen siehe Tabelle 5 in der Einleitung dieses Bandes.

1 Die Religionsgemeinschaften in der Ukraine als nationale Faktoren

Dass nach dem Ende des Kommunismus in der Ukraine ein stark ansteigender religiöser Pluralismus verzeichnet wurde, war ein Charakteristikum der post-sowjetischen Zeit. Die Kirchen wurden aber durch ihre verstärkte und nunmehr offene Präsenz auch zum Politikum.[8] Während sie durch den Übergang von einer geschlossenen in eine pluralistische Gesellschaft und von einer plan- zu einer marktorientierten Wirtschaft in ihren theologischen Inhalten freilich nicht tangiert wurden, verbesserte sich ihre verfassungsrechtliche Position erheblich. Nachdem sie in sowjetischer Zeit in unterschiedlicher Weise verfolgt und unterdrückt wurden, erhielten sie nunmehr erstmals einen legalen Status. Dadurch, und durch den Umstand, dass nach dem Fall des kommunistischen Regimes erstmals seit Jahrzehnten Religionsfreiheit in der Ukraine herrscht, können kirchliche Repräsentanten wieder frei agieren, ohne in der Angst um Bestrafung leben zu müssen.

Bereits vor dem Fall des sowjetischen Systems setzten sich kirchliche Repräsentanten immer wieder auch für die nationale Eigenständigkeit der Ukraine und für nationale Belange der Ukrainer ein[9], mit denen die Kirchen in der Ukraine seit langer Zeit verbunden sind. Denn die traditionellen kirchlichen Gemeinschaften in der Ukraine – die orthodoxe und die unierte (griechisch-katholische) Kirche – besitzen für die Herausbildung des ukrainischen Nationalbewusstseins seit dem 19. Jahrhundert eine nicht unerhebliche Rolle. Allerdings vertraten sie dabei unterschiedliche Positionen.[10] Im habsburgischen Galizien waren die unierten Geistlichen die Träger der ukrainischen Nationalbewegung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf die Ukrainer im Russischen Reich übergriff. Die Nationalisierung der orthodoxen Religion auf ukrainischem Gebiet schwankte in dieser Zeit zunächst zwischen Russifizierung und Ukrainisierung.[11] Nach der Proklamation eines – jedoch nur kurzlebigen – ukrainischen Staates 1918 wurde die UAOK in

8 Allgemein zur Lage der Kirchen in der Ukraine mit historischem Bezug: *Bociurkiw,* Religion, Nationalismus und Politik in der Ukraine", (1993); *Wilson,* The Ukrainians. Unexpected Nation, (2000). Zur Gegenwart: *Bremer,* Konfrontation statt Ökumene. Zur kirchlichen Situation in der Ukraine, (2001); *Boeckh,* Aus dem kirchlichen Leben der postsowjetischen Ukraine, (1999/2000); *Little,* Ukraine. The Legacy of Intolerance, (1991); *Krawchuk,* Religious Life in Ukraine: Continuity and Change, (1996); *Plokhy,* Church, State and Nation in Ukraine, (1999).

9 Gemeint ist hier die Durchsetzung nationaler Forderungen wie der freie Gebrauch der ukrainischen Sprache in Schulen, in der Presse und die Pflege ukrainischer „Kultur" im weitesten Sinn.

10 *Himka,* The Place of Religion in the Ukrainian National Revival, (2006).

11 Zum Ringen zwischen diesen beiden Tendenzen vgl. *Vulpius,* Nationalisierung der Religion. Russifizierungspolitik und ukrainische Nationsbildung 1860–1920, (2005).

Kiew ins Leben gerufen, die 1921 Vasil Lipkivskij (1864–1934) zu ihrem Metropoliten wählte. Diese sich formierende UAOK wirkte ebenfalls als nationaler Faktor, bis die Sowjetregierung ihre Tätigkeit verbot und sie zu Beginn der 1930er Jahre auflöste. Erst unter der deutschen Besatzung der Ukraine während des 2. Weltkrieges erlebte sie eine vorübergehende Wiedergeburt.[12]

Während der sowjetischen Herrschaft wurden zwar alle Kirchen und religiösen Gemeinschaften unterdrückt, von dieser Repression waren aber die nationalen Kirchen in der Ukraine, die unierte (griechisch-katholische) Kirche in Galizien bzw. der Karpaten-Ukraine sowie die eben erwähnte UAOK, stärker betroffen als die Russische Orthodoxe Kirche (ROK), die als staatliches Instrument der Kontrolle über die Gläubigen eine eingeschränkte Existenz führen durfte.[13] Insbesondere aber die unierte Untergrund-Kirche in der Westukraine bot für viele Ukrainer einen geistigen Freiraum, in dem Glaube, aber auch politischer Nonkonformismus und Dissens, wenigstens im Geheimen, artikuliert werden konnte. Die politischen Repressionen gegen Kirchen und Gläubige verschwanden erst während der Politik der *perestrojka* („Umbau") und *glasnost* („Öffentlichkeit"), die verbunden ist mit dem Namen Michail Gorbatschow, dem Generalsekretär der sowjetischen kommunistischen Partei seit 1985. Die unter ihm zugestandenen politischen Lockerungen erlaubten 1989 allen aus religiösen Gründen Inhaftierten und Deportierten die Rückkehr in ihre Heimat; viele unierte Gläubige und Priester fanden sich unter ihnen.

Die von Moskau zugelassenen Reformen und das neue, kritische Denken, das nun in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Einzug hielt, wirkten sich in der gesamten Sowjetunion aus. In der Ukraine wurde der nationale Gedanke, der vorher nur im Geheimen von Dissidenten formuliert worden war, immer lauter vernehmbar. Die Erringung eines unabhängigen ukrainischen Staates war eines der Ziele, das auch die nationalen Kirchen in der Ukraine unterstützten. Sie taten dies besonders aus der Erfahrung heraus, dass das ukrainische Volk unter der Herrschaft anderer Staaten – in Polen, im Russischen Reich und in der Sowjetunion – in seiner nationalen Entfaltung gehindert worden war.

---

12 Alle Bischöfe der UOAK mit einer Ausnahme flohen nach dem Zweiten Weltkrieg in den Westen. Die Kirche übernahm dann in Kanada und Nordamerika unter den ukrainischen Emigranten eine führende Rolle; vgl. *Sysyn,* The Third Rebirth of the Ukrainian Autocephalos Orthodox Church and the Religious Situation in Ukraine 1989–1991, (1993), 192.

13 Während der Sowjetherrschaft existierte die ROK in völliger Kontrolle und Abhängigkeit vom System; die unierte Kirche wurde 1946 bzw. 1949 gewaltsam liquidiert; alle anderen Minderheiten-Kirchen konnten nur eingeschränkt wirken.

Auffällig an der gegenwärtigen Orthodoxie in der Ukraine ist ihre Spaltung und Zersplitterung,[14] wenngleich diese auch in anderen post-kommunistischen Ländern Ost- und Südosteuropas zu finden ist – in Bulgarien, Makedonien und Montenegro bestehen ebenfalls als schismatisch bezeichnete Abspaltungen der jeweiligen orthodoxen Landeskirche. In der Ukraine war für die Teilung der Orthodoxie die bereits als historisch zu bezeichnende Frage ausschlaggebend, ob und in welcher Weise eine nationale orthodoxe ukrainische Kirche außerhalb des Moskauer Patriarchats existieren kann oder soll, auch um die Nationalstaatlichkeit der Ukraine zu unterstreichen.[15] Während die UOK-MP bis in die Gegenwart in jurisdiktioneller Einheit mit dem Patriarchat in Moskau besteht, traten am 22. Oktober 1989 einige Priester aus der ROK aus und belebten die 1930 verbotene UAOK neu. Mehrere hundert Gemeinden mit Schwerpunkt in der Westukraine schlossen sich ihr an; 1990 proklamierte sie ihr eigenes Patriarchat. Wiederum entstand die UOK-KP als Filaret, seit 1990 Administrator des Moskauer Patriarchates, und drei weitere Bischöfe aus der ROK aus- und der UOAK beitraten, und im Juni 1992 die UOK-KP als neue Kirche gründeten. Durch persönliche Rivalitäten und Machtansprüche einzelner Kirchenführer kam es zu weiteren Abspaltungen und Neugruppierungen innerhalb der orthodoxen Kirchen, so dass sich die orthodoxen Kirchenleitungen in der Ukraine als stark zerstrittenes und heterogenes Gebilde darstellen, das auch ihren Gläubigen die geistliche Orientierung schwer macht. Ferner ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass die Verbindungen zwischen orthodoxen Bischöfen und der früher sowjetischen, jetzt ukrainischen Staatssicherheit enger sind als einer Kirche zusteht, da in kommunistischer Zeit kein Bischof ohne Zustimmung des russischen Geheimdienstes KGB[16] konsekriert wurde und ein Elitenwechsel in den hohen Positionen der ROK kaum stattgefunden hat.[17]

---

14 Zur orthodoxen Kirche in der Ukraine unter anderem: *Sysyn,* The Situation of Orthodoxy in Contemporary Ukraine. State, Nation, and Church, (1997); *Salmon,* Die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche als nationaler Faktor in Geschichte und Gegenwart, (1997); *Salmon,* Die Orthodoxie frißt sich selber auf, (1997); *Wyrwoll,* Drei orthodoxe Kirchen in der Ukraine, (2001).

15 *Fagan und Shchipkov,* Rome Is Not Our Father, but Neither Is Moscow Our Mother': Will There Be a Local Ukrainian Orthodox Church?, (2001).

16 KGB ist eine russische Abkürzung für „Komitee für Staatssicherheit".

17 Die Einflussnahme des sowjetischen Staates auf die ROK erfolgte vor allem auf den höheren Ebenen der Kirchenhierarchie. Die unteren Ebenen, also das Priestertum, waren heterogen in ihren Positionen gegenüber dem Staat, d. h. zum Teil auch anti-sowjetisch eingestellt. Zu den KGB- und geheimdienstlichen Verbindungen orthodoxer Bischöfe, die in die beginnenden 1990er Jahre hineinreichen, vgl. *Bilokin,* The Kiev Patriarchate and the State, (1995), 190–196.

Das Moskauer Patriarchat erkennt weder UAOK noch UOK-KP an; es bezeichnet sie als schismatisch. Seine eigenen Ansprüche auf die Gemeinden in der Ukraine betrachtet das Moskauer Patriarchat als einzig gerechtfertigt. Der Ansicht des Patriarchats zufolge gehört die „orthodoxe" Ukraine durch die Taufe der Kiewer Rus' im 10. Jahrhundert zu seinem „kanonischen Territorium". Das Moskauer Patriarchat ist nicht interessiert daran, auf die finanziell gut ausgestattete ukrainische Orthodoxie, auf die große Zahl ihrer Gläubigen und auf ihre Besitztümer zu verzichten.

In Bezug auf die beiden katholischen Kirchen ist die Ukraine der einzige Staat überhaupt, in dem die unierte (griechisch-katholische) Kirche von der Zahl der Mitglieder her die römisch-katholische bei weitem überflügelt.[18] Die unierte Kirche in der Ukraine konnte erst Ende der 1980er Jahre wieder offiziell auftreten, nachdem sie unter Stalin 1946 in Galizien und 1949 in der Karpaten-Ukraine verboten und mit der ROK zwangsweise vereinigt worden war. Während der kommunistischen Zeit bildete sie die größte Untergrundkirche der Sowjetunion; sie war zugleich die einzige Plattform ukrainischer ethno-religiöser Identität.[19]

Nachdem in der Ukraine insgesamt gleich mehrere Kirchen für sich in Anspruch nehmen, als indigene, historisch bedingte national-ukrainische Kirchen zu gelten, – neben den orthodoxen Kirchen die unierte Kirche – sind hier auch die Existenzbedingungen für weitere Kirchengemeinschaften besser als beispielsweise in Russland, wo die ROK das Feld dominiert.[20]

Während entsprechend der Volkszugehörigkeit der meisten Gläubigen die römisch-katholische Kirche als „polnische" und die lutheranische als „tschechische" bzw. „slowakische" Kirche gelten, werden sowohl die unierte als auch die UAOK und die UOK-KP als „ukrainisch" orientiert betrachtet; die UOK-MP wird als „russisch" eingestuft. Kleinere Gemeinschaften bilden die jüdische und islamische Religion.[21]

---

18 *Turij,* Die katholischen Kirchen und die ökumenischen Beziehungen in der Ukraine, (2001); *Turij,* Griechisch-Katholiken, Lateiner und Orthodoxe in der Ukraine: Gegeneinander, nebeneinander oder miteinander?, (2001).

19 *Bociurkiw,* Orthodox and Greek Catholics in Ukraine, (1995), 136. Die regionale Verteilung der Kirchengemeinden zeigt eine Konzentration der UAOK und der unierten Kirche in der Westukraine, während die UOK-MP, die UOK-KP sowie ein Teil der römisch-katholischen Kirche in der Zentralukraine beheimatet ist. Ökumenische Verbindungen untereinander finden sich bei den Kirchen mit nationalukrainischem Bezug, nämlich zwischen der unierten Kirche, der UOK-KP und der UAOK.

20 Vgl. *Tatarin,* Russia and Ukraine: Two Models of Religious Liberty and Two Models for Orthodoxy, (2001).

21 Letztere setzt sich zusammen aus den mehreren hunderttausend Krim-Tataren, deren Anzahl weiter zunimmt. Im Zensus von 2001 wird ihre Anzahl auf etwa 248 200 Personen angegeben, sie stieg seit 1989 um den Faktor 5,3. Stalin hatte die Tataren 1944 von der Krim

Nach dem Jahrzehnte langen staatlich auferlegten Atheismus herrscht nun in der Ukraine ein religiöser Pluralismus, der sich in einer großen Vielfalt traditioneller Religionsgemeinschaften und einer steigenden Zahl neuer geistlicher Richtungen niederschlägt.

Anders als während der kommunistischen Herrschaft, die jegliche religiöse und kirchliche Bewegung unterdrückte, garantierte die neue Demokratie den Kirchen verfassungsmäßig ihre Existenz. Wie bereits das 1991 verabschiedete Gesetz über Gewissens- und Religionsfreiheit sieht auch die ukrainische Verfassung von 1996 die Trennung von Staat und Kirche vor.[22] In Art. 35 wird jedem Bürger das Recht auf freie Weltanschauung und Religionsausübung sowie auf militärischen Ersatzdienst gewährt, wenn der Dienst an der Waffe der religiösen Überzeugung des Militärpflichtigen widerspricht. Weiter heißt es darin, keine Religion dürfe als obligatorische Staatsreligion vorgeschrieben werden. Dieser Grundsatz wird von allen Kirchen in der Ukraine befürwortet, da damit alle gleichberechtigt sind. Während die ersten beiden Aspekte bereits zu sowjetischer Zeit gesetzlich verankert, aber in der Praxis permanent verletzt wurden, so hat sich die tatsächliche Situation für die Kirchen und Gläubigen in der postsowjetischen Ukraine wesentlich verbessert. Jeder Gläubige kann nun seiner religiösen Überzeugung nachgehen, ohne dafür Diskriminierung oder Benachteiligung zu erfahren; religiöse Gemeinschaften dürfen Gebäude für ihren Gottesdienst unterhalten und die Ausbildung ihres Klerus organisieren. Diese und weitere Institute existieren wie alle anderen kirchlichen Einrichtungen ohne die finanzielle Hilfe des Staates; auch eine Kirchensteuer gibt es in der Ukraine nicht. Weiter sind jetzt anders als zu sozialistischen Zeiten Weihnachten, Ostern und Pfingsten religiöse Feiertage, die nach dem julianischen Kalender der orthodoxen und unierten Kirchen begangen werden. Religionsunterricht ist in staatlichen Schulen Pflichtfach als „Christliche Ethik" von der ersten bis zur letzten Klasse.

Exakte statistische Angaben über die Mitgliederzahlen der einzelnen religiösen Gemeinschaften in der Ukraine gibt es nicht. Behelfsmäßig können aber die jährlich veröffentlichten Zahlen aller staatlich registrierten Gemeinden herangezogen werden (vgl. Tabelle 6). Daraus sind freilich nicht automatisch die Mitgliederzahlen abzuleiten, da die einzelnen Gemeinden eine unterschiedliche Größe aufweisen. Dennoch lässt sich anhand der Angaben über die Gemeinden, über

deportieren lassen, seit 1989 kehren sie aber allmählich wieder zurück. Die entgegengesetzte Tendenz – Emigration – ist bei der jüdischen Gemeinschaft in der Ukraine sichtbar, vertreten sind sowohl (traditionelle) orthodoxe wie Reformgemeinden. Obwohl nach 1991 eine Renaissance des jüdischen Lebens in der Ukraine gelang, leidet die Gemeinschaft unter hohen Auswanderungszahlen.

22 *Yelensky,* Das Recht der Religionsgemeinschaften in der Ukraine, (2005).

Tabelle 6 Religiöse Einrichtungen in der Ukraine (Stand Januar 2008)[1]

Institutionen Name der Kirche/ Glaubensgemeinschaft	Gemeinden: registriert/nicht registriert Zentren, Dachverbände	Klöster Missionen, Bruderschaften Mönche & Nonnen	Gemeindepfarrer, Seelsorger, davon aus dem Ausland	Bildungseinrichtungen Schüler/Studierende: Vollzeit/Teilzeit	Sonntagsschulen	Periodisch erscheinende Publikationen
Ukrain. Orthod. Kirche Moskauer Patriarchat (UOK-MP)	11233/101 1 40	173 10 34 4485	9217 16	18 1561/2409	4112	106
Ukrain. Orthod. Kirche Kiewer Patriarchat (UOK-KP)	3963/45 1 31	44 26 9 136	2940 —	16 633/471	1232	35
Ukrain. Griech.-Kath. Kirche (Unierte)	3681/4 1 18	102 17 2 1269	2217 39	15 1382/215	1163	28
Panukrain. Union der Vereinigungen von Evangeliums-christen-Baptisten	2487/60 1 26	— 93 2	2964 13	42 2540/4182	1419	15
Panukrain. Union der Christen mit evangelikalem Glauben [2]	1433/92 1 27	— 51 2	2246 12	16 549/245	1006	27
Ukrain. Autokephale Orthod. Kirche (UAOK)	1178/1 1 12	6 7 1 12	661 —	7 210/34	301	1

Institutionen Name der Kirche/ Glaubensgemeinschaft	Gemeinden: registriert/nicht registriert Zentren, Dachverbände	Klöster Missionen, Bruderschaften Mönche & Nonnen	Gemeindepfarrer, Seelsorger, davon aus dem Ausland	Bildungseinrichtungen Schüler/Studierende: Vollzeit/Teilzeit	Sonntagsschulen	Periodisch erscheinende Publikationen
Ukrain. Union der Konferenz der Siebenten-Tags-Adventisten	1000/40 1 9	— 2 1	1218 5	4 49/85	768	9
Römisch-kath. Kirche	895/6 1 18	91 39 3 667	541 251	8 305/329	517	14
Zeugen Jehowas	682/349 1	—	2388 18	—	325	—
Gospel-Kirchen	585/10 4 3	— 6 1	601 21	4 569/—	210	21
Andere religiöse Organisationen von Christen evangelikalen Glaubens	380/33 7 1	— 4 1	445 11	2 45/20	215	14
Andere Charismatische Gemeinden	371/62 8 3	— 8 8	411 6	4 75	156	15
Religiöse Verwaltung der Muslime der Krim	341/613 1	—	361 18	5 217	69	2

Tabelle 6 Fortsetzung

Institutionen Name der Kirche/ Glaubensgemeinschaft	Gemeinden: registriert/nicht registriert Zentren, Dachverbände	Klöster Missionen, Bruderschaften Mönche & Nonnen	Gemeindepfarrer, Seelsorger, davon aus dem Ausland	Bildungseinrichtungen Schüler/Studierende: Vollzeit/Teilzeit	Sonntagsschulen	Periodisch erscheinende Publikationen
Religiöse Organisationen evangelikaler Christen	248/3 6 2	— 10 1	275 13	7 226/194	95	4
andere Vereinigungen evangelikaler christlicher Baptisten und evangelikaler Christen	228/16 2 2	— 11 1	292 13	6 8/267	125	1
Ukrain. Christl. Evangelikale Kirche	156/1 1 8	— 4	210 2	3 309/70	115	9
Reformierte Kirche in der Karpaten-Ukrainen	114 1 3	—	53 2	—	107	1
Union der Freien Kirchen evangelikaler Christen	110/72 1 5	— 9 1	200 —	3 155/92	110	6
Kirche Christi	109 2	— 3	150 1	3 22/110	70	3

Institutionen Name der Kirche/ Glaubensgemeinschaft	Gemeinden: registriert/nicht registriert Zentren, Dachverbände	Klöster Missionen, Bruderschaften Mönche & Nonnen	Gemeindepfarrer, Seelsorger, davon aus dem Ausland	Bildungseinrichtungen Schüler/Studierende: Vollzeit/Teilzeit	Sonntagsschulen	Periodisch erscheinende Publikationen
Chassidische Chabad Lubawitsch Vereinigung der jüdischen religiösen Organisationen der Ukraine	106 1 9	— 2 1	70 46	4 159	31	17
Andere religiöse Einrichtungen [3]	1528/305 36 28	23 34 5 29	1991 299 286	24 327/287	968	67
Insgesamt in der Ukraine	**30670/ 1823 82 246**	**421 333 74 6598**	**29441 773**	**192 9365/9010**	**12689**	**383**

[1] Es werden alle religiösen Gemeinschaften aufgeführt, die mehr als 100 registrierte Gemeinden aufweisen.

[2] Dazu gehört auch die Pfingstbewegung.

[3] Unter „andere Einrichtungen" werden 35 orthodoxe, evangelikale, lutherische, neu-apostolische, jüdische, muslimische und interkonfessionelle Organisationen und Organisationsgruppen geführt.

Quelle: „Religious Information Service of Ukraine"; www.risu.org.ua [Zugriff am 1.1.2008].

die kirchlichen Angestellten und Gebäude sowie über die Bildungsinstitutionen in etwa eine Relation der einzelnen Kirchen zueinander erschließen:

Kirchen in der Ukraine verstehen sich schon seit langer Zeit nicht nur als religiöse Institutionen, sondern auch als Vermittler politischer Positionen ihrer Angehörigen. In dieser Funktion waren sie deshalb schon vor dem 19. Jahrhundert besonders bedeutsam, weil Ukrainer ohne eigenen Staat und eingeschränkt in ihren politischen und kulturellen Rechten im Russischen Reich lebten. Zu ihren wichtigsten Vertretungsorganen nach außen gehörten kirchliche Organisationen, die für die Ukrainer auch nationale Institutionen wurden. In der sowjetischen Zeit, in denen den Ukrainern ebenfalls elementare Rechte der nationalen Entfaltung verwehrt waren, behielten die Kirchen in der Ukraine ihre politische Funktion, die sie aber nun nur mehr unter dem Druck der generellen Religionsverfolgung ausüben konnten. Im Untergrund und im Geheimen entstanden Netzwerke, die von Gläubigen und Geistlichen einerseits zur Ausübung ihrer religiösen Praxis benutzt wurden, andererseits aber auch als Forum für politischen Dissens wichtig waren. Die von religiösen Akteuren hier unter der Gefahr für ihr eigenes Leben und das ihrer Familie geäußerten politischen Vorstellungen gingen von einer anti-kommunistischen, ukrainisch-nationalen und wie auch immer gearteten demokratischen Staatskonzeption aus, die in der Zeit der Ablösung der kommunistischen Herrschaft immer lauter öffentlich geäußert wurden und immer weitere Verbreitung erlangten. Je massiver der staatliche Verfolgungsdruck auf die einzelnen Kirchen war, desto stärker waren ihre antisowjetische Einstellung und ihre Organisation im Untergrund. Dies trifft in besonderem Maß auf die unierte Kirche in der Westukraine zu, während die orthodoxe Kirche alle Facetten zwischen einer systemloyalen und antisowjetischen Einstellung aufwies.

Die Kirchen in der Ukraine haben sich nach dem Ende des Kommunismus in unterschiedlicher Weise in die neuen politischen Verhältnisse eingefunden. Dabei fiel ihnen die Heraustrennung aus der staatlichen Überwachungssphäre umso schwerer, je enger sie zu kommunistischer Zeit in das staatliche System eingebunden waren, wie dies bei der ROK der Fall war. Diese betrieb in der Ukraine ihre eigene Politik, da sie die Ablösung der Gemeinden in der Westukraine nicht zulassen wollte und den katholischen Kirchen vorwirft, sie würden den Prosyletismus in der Ukraine (sowie in der Russischen Föderation) fördern. Unterstützung erhält die ROK dabei durch die russische Staatsführung, die sich für ihre Belange in Kiew einsetzt und sich dadurch ihren eigenen Einfluss auf die Ukraine sichern will. Gleichzeitig haben auch die unierte und ukrainische autokephale orthodoxe Kirche (UAOK) eine enge Verbindung zur nationalen Frage und damit zu einer wichtigen politischen Dimension in der Ukraine. Auch sie verstanden sich immer wieder als Vertreter der ukrainischen Sache. Dieser Konnex ist schwer aufzubrechen, wenngleich die unierte Kirche durch ihr Oberhaupt, den Papst, über die

Landesgrenzen hinaus beeinflusst wird, während Emigrantenkirchen in den USA und in Kanada auf die Orthodoxie in der Ukraine einwirken.

Weiter ergab sich aus der nachkommunistischen Religionsfreiheit gerade in den ersten Jahren der ukrainischen Unabhängigkeit ein nicht immer friedlicher Rivalitätskampf um Liegenschaften. Völlig unökumenisch kam es in der Westukraine immer wieder zu Rangeleien zwischen Anhängern der unierten Kirche und der UOK-MP, die sich stritten um die Rückgabe von Kirchen, die während der Sowjetzeit den Unierten enteignet und der ROK übergeben worden waren. Diese auch handgreiflich ausgetragenen Konflikte, die nun freilich der Vergangenheit angehören, boten ein seltsames Bild inmitten der sonst friedlichen Beendigung des Kommunismus in der Ukraine.

Der Konkurrenzkampf der orthodoxen Richtungen untereinander und mit den anderen christlichen Kirchen hatte noch eine weitere Folge. Denn während in vielen anderen osteuropäischen Ländern die orthodoxen Kirchen immer wieder die westliche Welt wegen ihrer liberalen Moralvorstellungen, ihres Individualismus und ihres Voluntarismus in auch harschen Worten kritisieren,[23] sind solche deutlichen Äußerungen, wenngleich unterschwellig präsent, in der Ukraine seltener zu hören.

2 Öffnungsphase (1986–1989): Die Kirchen und der Systemwechsel

Die Ukraine gehörte durch den Austritt aus dem Zentralstaat zu den „Totengräbern" der Sowjetunion. Zu den Moskau fliehenden Zentrifugalkräften gehörte neben der allgemeinen Unzufriedenheit mit der politischen Lage und der wirtschaftlichen Misere eine oppositionelle national-ukrainische Bewegung, die sich in der Ukraine seit den 1960er Jahren immer wieder und unter dem Risiko der staatlichen Verfolgung gemeldet hatte. Der Prozess, der zur Kündigung des Bündnisvertrages mit der Sowjetunion und zur Ablösung der kommunistischen Herrschaft in der Ukraine durch eine demokratisch legitimierte Regierung führte, vollzog sich auch mithilfe der Bürgerrechtsbewegungen gewaltlos. Dabei waren der nationale Aufbruch und der staatliche Durchbruch der Ukraine bedingt durch ein Zusammenspiel von folgenden Faktoren:[24]

23 *Bremer,* Religion and the Conceptual Boundary in Central and Eastern Europe: Introductory Remarks, (2008), 9.

24 Unter anderem zum Ende der kommunistischen Herrschaft in der Ukraine: *Szporluk,* Russia, Ukraine, and the Breakup of the Soviet Union, (2000).

1. Das Reaktorunglück von Tschernobyl am 26. April 1986. Die Vertuschung des Ausmaßes der Katastrophe durch die Behörden und die dann nur zögernd erfolgte Evakuierung bewirkte, dass sich im ganzen Land Vereinigungen bildeten, die eine Demokratisierung und Öffnung des Landes forderten, in dessen Folge dann das Machtmonopol der Kommunisten fiel.
2. In der Westukraine, in L'viv/Lemberg, entstand 1989 eine bürgerliche, politische und kulturelle Bewegung, *Narodnij Ruch Ukraini za perebudovu* (Volksbewegung der Ukraine für den Umbau), eine Bürgerrechtsbewegung, die erstmals ein klares politisches Programm hin zu einer Demokratisierung des Staates vorlegte und die wichtigste Rolle im politischen Ablösungsprozess übernahm.[25]
3. In der Ostukraine im Donbas erhob sich 1989 erstmals ein großflächig angelegter Streik der Kohlearbeiter. Sie demonstrierten zunächst für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse, dies ging aber dann in politische Forderungen über.
4. Parallel zu dem sowohl in der West- wie in der Ost-Ukraine immer lauter vernehmbaren Ruf nach einem demokratischen Staat setzte in Moskau die von dem Generalsekretär der KPdSU Gorbatschow begonnene *perestrojka* (Umbau) ein. Diese kam aber in der Ukraine erst an, nachdem der Hardliner Volodymyr Schtscherbitzki als Erster Parteisekretär in Kiew im September 1989 vom Kreml abgesetzt worden war. Damit öffnete sich endgültig der Weg zu einem politischen Wechsel.

In der Vorgeschichte des Systemwechsels gehörten Kirchen und ihre Angehörigen zu den treibenden Kräften, weil sie die Mobilisierung der Bevölkerung unterstützen. Dabei ist die Politisierung von Kirchen in der Ukraine nichts grundsätzlich Neues, weil sie unter der sowjetischen Herrschaft im Untergrund oder während sonstiger Repressionen in einem permanenten Konflikt mit dem Staat standen. Gegen Ende der 1980er Jahre gehörten sie zu den antisowjetischen Faktoren, die indirekt auf das Ende des kommunistischen Regimes hinwirkten. Denn damals fungierten die kirchlichen Gemeinschaften für oppositionelle Kräfte als wichtige Plattform des gewaltlosen Protests gegen die Moskauer Zentralregierung; dabei war insbesondere die unierte Kirche in der Westukraine aktiv. Hier bildete sich beispielsweise eine „Aktionsgruppe für den Schutz der Rechte von Gläubigen", die sich für die Legalisierung der unierten Kirche einsetzte.[26] Außerdem waren viele ukrainische Dissidenten zu kommunistischer Zeit kirchlich gebunden oder selbst Geistliche, die innerhalb ihrer religiösen Gemeinschaften im Untergrund einen geistig unabhängigen Freiraum auch für politische und nationalukrainische Über-

25 *Schneider,* Das politische System der Ukraine, (2005), 109–110.
26 *Bociurkiw,* Orthodox and Greek Catholics in Ukraine, (1995), 136.

legungen zur Verfügung stellten und fanden.[27] Dabei nutzten sie die geheimen kirchlichen Netzwerke, die im Untergrund aufgebaut worden waren. Der Dissident Valentin Moroz formulierte in einer Untergrund-Publikation seine Beobachtung, dass Priester die ukrainische nationale Bewegung in der West-Ukraine angeführt hätten. Die meisten ukrainischen Aktivisten seien aus den Reihen der Geistlichkeit gekommen. Die Hauptbastion gegen die sowjetische „Kolonisierung" Galiziens sei die „Kirche" – gemeint ist die Untergrundkirche – dort gewesen.[28] Gleichzeitig hatten ukrainische Dissidenten auch Vorstellungen über das Wirken von Kirchen; so lag die Errichtung einer nationalen Kirche für sie im nationalen Interesse der Ukraine.[29]

Als in der sowjetischen Endphase gleichsam aus dem Nichts politische Parteien entstanden, waren auch christlich geprägte unter ihnen. Bereits vor dem Austritt aus der Sowjetunion fanden sich die Ukrainische Christlich-Demokratische Front (*Ukrainski christjansko-demokratitschni front,* gegründet 1989 in L'viv/Lemberg)[30] und die Christliche Demokratische Fraktion der Ukrainischen Demokratischen Union[31] zusammen. Diese Parteien hatten die Verwirklichung christlicher Werte im öffentlichen Leben auf ihre Banner geschrieben. Anders als vielleicht erwartet, bestand bei den christlich-demokratischen Parteien kein Bezug zur orthodoxen als der größten Kirche in der Ukraine (eine Ausnahme war aber die ROK bei der „Front"). Vielmehr sollte keine Denomination bevorzugt, sondern alle religiösen Vereinigungen in der Ukraine sollten gefördert werden. Ihr Ziel lag in erster Linie darin, die Repressionen der Sowjetzeit zu beenden und die Lehre des Marxismus-Leninismus zu brechen: durch die allgemeine Glaubensfreiheit, das Ende der Kirchenverfolgungen, das Ende der Förderung des Atheismus, die Möglichkeit zur Wehrdienstverweigerung, die Einführung christlicher Feiertage wie Ostern und Weihnachten, die Einführung von Religionsunterricht in den Schulen, die Möglichkeit zur Publikation von religiöser Literatur. Weitere Forderungen bezogen sich insbesondere auf das kulturelle Feld: die Einführung des Ukrainischen als Staatssprache (so bei der „Fraktion") und das Verbot von staatlicher Zensur. Erst weiter hinten standen – so jedenfalls vor dem Ende der Sowjetunion – das Postulat nach Reisefreiheit, die ökonomische und staatliche Unabhängigkeit der Ukraine sowie das Recht auf Privateigentum. Weiter formulierte die „Fraktion", sie fordere „ein garantiertes Recht auf Agitation und Propaganda

27 Über ukrainische Dissidenten, die sich zur unierten Kirche bekannten und dafür langjährige Lagerstrafen erdulden mussten, vgl. *Bourdeaux,* The Gospel's Triumph over Communism, (1991), 162–167.

28 Zitiert nach *Mitrokhin,* Aspects of the Religious Situation in Ukraine, (2001), 176.

29 *Little,* Ukraine. The Legacy of Intolerance, (1991), 25–27.

30 Kurzes Parteiprogramm in: *Kuzio,* Dissent in Ukraine under Gorbachev, (1989), 50–51.

31 Kurzes Parteiprogramm, ibd. 52–53.

für das Ziel der Sezession der Ukraine von der Sowjetunion" sowie die Wiederherstellung der Autonomie für die Krimtataren.[32]

3 Beginn einer demokratischen Transition: Die Kirchen, religiöse Parteien und erste Wahlen nach der Unabhängigkeit 1990

Die ersten freien Parlamentswahlen fanden am 4. März 1990 statt, die Souveränitätserklärung datiert auf den 16. Juli 1990. Am 24. August 1991 folgte die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine, die von einem Referendum am 1. Dezember 1991 mit über 90 % Ja-Stimmen bestätigt wurde – dabei hatten aber nicht nur ethnische Ukrainer positiv gestimmt, denn deren Anteil an der Landesbevölkerung betrug nur 73 %.

Parteien sind im Sinn des Modells von Linz und Stepan ein elementarer Baustein zur Konsolidierung eines demokratischen Systems.[33] Demzufolge sind politische Parteien eine wesentliche Institution der politischen Willensbildung, die der Gesellschaft die Repräsentation und Integration des Wählerwillens gegenüber dem Staat ermöglicht. In der Ukraine wurde nach 1990 das kommunistische Ein-Parteien-System rasch abgelöst durch eine kaum übersehbare Parteienlandschaft.

Wie in einer Reihe anderer postkommunistischer Staaten war das Parteienwesen nach 1990 auch in der Ukraine stark zersplittert. Teilweise aus der bürgerlichen Oppositionsbewegung hervorgehend, fanden sich in der Ukraine Parteien, die in ihre Programme christliche Werte aufgenommen hatten, ohne aber Kirchen oder religiöse Gemeinschaften zu repräsentieren. Dabei nutzten einerseits politisch Verantwortliche und Parteien religiöse Organisationen und die Autorität der Kirchen als Plattform für Selbstdarstellungen aus, andererseits mischten sich kirchliche Würdenträger und Geistliche aktiv in die Politik ein und arbeiteten offen mit politischen Parteien zusammen.[34] In den ersten Jahren der ukrainischen Unabhängigkeit war es für manche Geistliche eine Selbstverständlichkeit, sich auch politisch zu engagieren, sei es, weil es für sie persönlich oder für ihre Gemeinschaft von Nutzen war, oder weil sie sich einfach für den jungen Nationalstaat einsetzen wollten. Würdenträgern der orthodoxen Kirche war es außerdem generell nicht fremd, Staat und Kirche als Einheit zu verstehen, zurückgehend auf das historische Verständnis der „Symphonie" zwischen beiden Institutionen.

32 Ibd. 53.
33 *Linz und Stepan,* Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, (1996). Vgl. auch die Einleitung dieses Bandes.
34 *Arystova,* Social'no-relihijni procesy v perechidnomu suspil'stvi, (2001), 15.

Eine weltanschauliche Überzeugung gab es im Gegensatz zu den anderen Parteien nur bei sozialistischen und ehemals kommunistischen sowie bei christlich ausgerichteten Parteien.[35] Diese wurden als christlich-demokratische und sozialdemokratische Parteien in der Ukraine die größten Gegner in der politischen Auseinandersetzung. Dabei gab es aber keinen einheitlichen christdemokratischen Block, sondern mehrere Parteien, die auseinander hervorgingen und von miteinander konkurrierenden Mitgliedern neu gegründet wurden.[36]

Auch an den christlichen Parteien zeigte sich die Problematik vieler ukrainischer Parteien: Sie wurden als Plattformen für die individuellen Interessen einzelner Politiker benutzt, die ihre eigenen Absichten und ihre Profilierungssucht der gemeinsamen Idee nicht unterordnen wollten und bei internen Konflikten lieber eine neue, eigene Partei ins Leben riefen, um damit die einheitliche Phalanx schwächten. Dass der Wahlerfolg und der tatsächliche politische Einfluss dann gering ausfielen, war nicht weiter verwunderlich (vgl. Tabelle 7).

So entstand, nachdem 1990 die „Front" in *Ukrainska christjansko-demokratitschna partija* (UCDP, Ukrainische Christlich-Demokratische Partei) umbenannt worden war, als Splitterpartei aus dieser die *Christjansko-demokratitschna partija Ukraini* (CDPU, Christlich-Demokratische Partei der Ukraine), die sich 1996 in zwei Teile spaltete. Anhänger einer dieser Gruppen gründeten den *Christjansko-liberalni sojus* (CLS, Christlich-Liberale Union). 1995 wurde der *Christjansko-narodni sojus* (CNS, Christliche Volksunion) offiziell registriert, dessen erklärte Ziele im Aufbau einer bürgerlichen Gesellschaft des Landes bestanden. Eine ebenfalls (im „westlichen" Sinn) konservative Partei war die 1997 ins Leben gerufene *Respublikanska christjanska partija* (RCP, Republikanische Christliche Partei). Sie gab an, neben anderen nationalen Zielen „ihren Beitrag zur Vereinigung der christlichen Kirchen in einer einheitlichen Landeskirche leisten" zu wollen.[37]

Die „christlichen", demokratisch ausgerichteten Parteien wirkten, auch in Fortsetzung der ukrainischen Bürgerrechtsbewegung, die sich in der Sowjetunion ab den 1960er Jahren manifestierte, insbesondere in der Anfangsphase der ukrainischen Republik. Ihre Ziele waren eher übernational, wenn auch mit Betonung der Interessen der ukrainischen Staatlichkeit, und auf die Demokratisierung der politischen Verhältnisse ausgerichtet. In wirtschaftlicher Hinsicht war ihr Programm eher schwach, zielte jedoch auf marktwirtschaftliche Reformen ab. Sie besaßen keine besondere Bindung an eine orthodoxe Kirche, sondern stellten all-

35 So charakterisiert von *Kuzio,* Das Mehrparteiensystem in der Ukraine. Identitätsprobleme, Konflikte und Lösungen, (1993), 826.

36 *Ott,* Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine, (1999), 77–80; 112–113.

37 *Ott,* Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine, (1999), 80. Vgl. auch *Ott,* Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998, (1998), 1002–1003 sowie *ders,* Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments, (2000).

gemeingültige ethische Ziele in den Mittelpunkt. Jedoch hatten sie beträchtliche Schwierigkeiten, breite Wählerschichten, die auch über atheistische Prägungen verfügen, für sich zu gewinnen. Beispielsweise erreichte ein aus UCDP und CNS gebildetes Wahlbündnis *Vpered, Ukraino!* (Vorwärts, Ukraine!), das eine demokratische Alternative zur Politik Kutschmas darstellen wollte, bei den Parlamentswahlen 1998 nur 1,73 % der Wählerstimmen, während die CDPU nur 1,3 % errang (vgl. Tabelle 7). Bei den Wahlen im März 2002 traten die „christlichen" Parteien ebenfalls wieder in Wahlblöcken, überwiegend nicht als Einzelparteien, an.

Nachdem die große Zahl von Splitterparteien in der Gegenwart zurückgegangen ist, spielen christliche Parteien in der Ukraine keine Rolle mehr.[38] Auch die Versuche, die jeweils eigene, politische Position durch Fusionen mit anderen christlichen Parteien zu stärken, schlugen bislang fehl (vgl. Tabelle 7).

Unabhängig von den „christlichen" Parteien bestehen zwischen den großen Kirchen in der Ukraine je nach ihrer politischen Orientierung und politischen Parteien mehr oder weniger enge Beziehungen – dabei ist das Verhältnis zu Russland bzw. die „Westintegration" ausschlaggebend. Die national-ukrainisch orientierte Partei „Ruch",die ihren Ausgangspunkt in der Westukraine besaß und als oppositionelle Bewegung am Ende der Sowjetzeit auf die Ablösung von der Sowjetunion drängte, hatte wegen der ukrainischen Ausrichtung in der hier ebenfalls beheimateten unierten Kirche sowie in der UAOK Anknüpfungspunkte. Heute (2009) ist Ruch aber marginalisiert. Die Kommunistische Partei, die bei den Parlamentswahlen 1998 die stärkste Partei wurde, erklärte offen ihre Sympathie für die UOK-MP – unabhängig von der atheistischen Doktrin der Partei. Hingegen lehnt sie die UOK-KP wegen ihrer Separierungsbestrebungen von Russland ab und bezeichnet alle anderen Kirchen als „fremd".[39] Der Vorsitzende der „Sozialistischen Partei der Ukraine", Oleksandr Moroz, formulierte die Haltung seiner Partei vorsichtiger. Diese bestehe in Toleranz gegenüber allen Kirchen; die orthodoxen Kirchen in der Ukraine könnten nicht gewaltsam zusammengeführt werden, sondern nur durch den Willen der Gläubigen.[40]

Die UOK-KP profitierte bis zum Ende der Regierung des ersten postkommunistischen Präsidenten Krawtschuk von dessen persönlicher Freundschaft zu Patriarch Filaret und der daraus resultierenden staatlichen Protektion. Dem verstorbenen Patriarchen der UOK-KP Volodymyr (Romanjuk) waren auch Ver-

38 *Göls,* Die politischen Parteien in der Ukraine. Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung, (2008).

39 Es handelt sich hier um die Übersetzung des ukrainischen Wortes „tschuschij", das für „fremd", „anders" und „ausländisch" steht. Mit dieser Bezeichnung werden immer wieder Tendenzen dämonisiert, die nicht traditionell ukrainisch sind.

40 *Kočan,* Čy možlyvyj pravoslavno-katolyc'kyj dialoh v Ukraïni v realiach 90-ch rr.?, (1999), 480.

Tabelle 7 Politische Parteien und erste freie Parlamentswahlen[1]

Politische Partei	Sitzverteilung in%				
	1994 (Sitze)	1998	2002	2006	2007
Kommunistische Partei	24,7 % (83)	24,7 %	19,98 %	3,66 %	5,39 %
Sozialistische Partei	7,46 % (25)	8,6 %	6,87 %	5,69 %	2,86 %
Wahlblock Timoschenko[2]	–	–	7,26 %	22,29 %	30,71 %
Volksbewegung der Ukraine (Ruch)	8,0 % (27)	9,4 %	„Unsere Ukraine“ 23,57 %	„Unsere Ukraine“ 13,95 %	„Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes“ 14,15 %
Ukrainische christlich-demokratische Partei (UCDP)[3]	k. A.	„Vorwärts Ukraine!“ 1,73 %			
Christliche Volksunion (CNS)[3]	k. A.				
Republikanische Christliche Partei (RCP)	k. A.	k. A.			
Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU)[2]	k. A.	k. A.	k. A.		
Ukrainische Christlich-Demokratische Front	k. A.	k. A.	k. A.		
Christl. Demokratische Fraktion der Ukrain. Demokratischen Union	k. A.	k. A.	k. A.		
Christlich-Liberale Union (CLS)	k. A.	k. A.	k. A.		
Gesamtukrainische Union der Christen[2, 3]	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Partei der Regionen	k. A.	k. A.	11,77 %[4]	32,14 %	34,37 %

k. A. = Die Parteien haben zwar an den Wahlen teilgenommen, konnten aber nur zwischen 0,3 und 1,3 % der Stimmen auf sich vereinigen, um einen Sitz im Parlament zu erlangen.

[1] Parlamentswahlen fanden 1990 und 1994 (100 % absolutes Mehrheitswahlrecht), 1998 und 2002 (50 % absolutes Mehrheitswahlrecht; 50 % Proporz) und 2006 und 2007 (100 % Proporz) statt; Präsidentschaftswahlen 1991, 1994, 1999, 2004 und 2009. Zusammengesetzt aus „Vereinigtes Vaterland“ und „Ukrainische Sozialdemokratische Partei“. 2003 fusionierten die UCDP und die CDPU zur Christlich-Demokratischen Union der Ukraine (CDU), die wiederum 2006 und 2007 im Wahlblock „Unsere Ukraine“ kandidierte. Kurzzeitig gehörten ihr auch die „Gesamtukrainische Union der Christen“ an. 2008 schloss sich des weiteren die CNS der CDU an. 2007 trat die „Gesamtukrainische Union der Christen“ die Wahl im „Christlichen Block“ an, einem Wahlbündnis mit der Sozial-Christlichen Partei an und erhielt 0.1 % der Stimmen. Die Stimmen erhielt „Für die Einheit der Ukraine“.

Quelle: OSZE, Central Election Commission of Ukraine. http://www.cvk.gov.ua/

bindungen zur rechtsextremen Organisation Ukrainische Nationale Versammlung UNA und deren paramilitärischem Ausläufer UNSO *(Ukraïns'ka nacional'na samoobarona)* nachgesagt worden.[41]

Die anfängliche Bereitschaft von Kirchen und ihren Angehörigen, Parteien zu unterstützen, indem sie sich auch selbst als Kandidaten bei Wahlen zur Verfügung stellten, sank nach den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit. Im Zuge des Wahlkampfs für die Parlamentswahlen am 31. März 2002 sprachen sich die Bischöfe der UAOK öffentlich gegen ein Engagement für eine Partei oder für bestimmte Kandidaten aus.[42] Die unierte (griechisch-katholische) Bischofssynode verabschiedete im Januar 2002 eine Stellungnahme, in der sie die Bevölkerung zur Teilnahme an der Wahl und damit zur Stärkung der Demokratie aufrief. Die unierte Kirche selbst wollte aber weder Personen noch Parteien während der Wahlen unterstützen, noch Kandidaten nominieren. Dennoch solle man bei der Entscheidung als Wähler darauf achten, dass das Vertrauen in das Land gestärkt werde, dass der Wert des menschlichen Lebens gesetzlich geschützt werde, dass die christliche Ethik und eine demokratische Gesellschaft gefördert würden und dass – dies ist bemerkenswert – die offizielle Staatssprache geschützt werde.[43] Die unierte Kirche kündigte sogar Sanktionen gegen Priester ihrer Kirche an, die offene Agitation im Wahlkampf betrieben. Anders hingegen spielte die UOK-MP zusammen mit der Kommunistischen Partei. Deren Führer Symonenko sicherte Aleksij II. im Dezember 2001 die Unterstützung der UOK-MP und die Ablehnung „nicht-kanonischer Gruppen" zu und bezichtigte die katholische Kirche einer aggressiven Politik gegenüber der Orthodoxie im Land.[44]

41 Ibd.

42 Vgl. http://www.risu.org.ua/eng/news/article;1583/ [Zugriff am 28. 12. 2009].

43 *Greek Catholic Synod Issues Pastoral Address On Upcoming Elections*, 4. Februar 2002; *Glava uniatov vystupil protiv vmešatel'stva Cerkvy v politiku,* Mir Religij, 9. Januar 2002, vgl. www.religio.ru [Zugriff am 28. 12. 2009].

44 *Communist Leader Meets Russian Patriarch Alexis II,* 20. Dezember 2001, vgl. www.risu.org.ua [Zugriff am 28. 12. 2009].

4 Krawtschuk, Kutschma und die Kirchen (1991–2004): Stagnation des demokratischen Transformationsprozesses

Die Präsidentschaft Krawtschuks (1991–1994)

Dass die Staatsspitze nicht mehr auf Konfrontationskurs geht, sondern ganz im Gegenteil den Kontakt mit den Kirchen sucht, ist zunächst neu: Die ersten seit der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine regierenden Staatspräsidenten Leonid Krawtschuk (1990–1994) und Leonid Kutschma (1994–2004) erkannten beide den politischen Wert der Glaubensgemeinschaften, und sie versuchten in unterschiedlicher Weise, Kirchen für sich zu vereinnahmen und für ihre Ziele zu verwerten. Der Hintergrund dafür war, dass die Politik in der Ukraine auf die Stärkung der ukrainischen nationalen Identität und auf ein *nation building* ausgerichtet war (und immer noch ist), um die Integration der Bevölkerung zu fördern, angesichts der schwach ausgeprägten gemeinsamen historischen Erfahrung – die ukrainischen Grenzen heute gehen im Wesentlichen erst auf den 2. Weltkrieg zurück – und angesichts der kulturellen und sprachlichen Unterschiede im Land – beispielsweise zwischen Ost und West, aber auch zwischen Zentrum und Provinzen. Der religiöse Pluralismus, ebenfalls ein Ausdruck kultureller Diversität, und die geistige Rückbesinnung, die sich in der Ukraine nach dem Fall des Kommunismus offen zeigte, sollte nun dem Einfluss der politischen Spitze zukommen – diese jedenfalls war die Absicht Krawtschuks und Kutschmas.

Dazu diente auch die Einsetzung eines „Staatskomitees der Ukraine für Religiöse Angelegenheiten" *(Derschavnij komitet Ukrajini u spravach relihiji)* mit Zentrale in Kiew und Unterabteilungen in allen Regionen des Landes. Diese staatliche Behörde sollte in „kommunistischer" Manier – denn in der Sowjetunion existierte eine ähnliche Institution – Fragen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften regeln. 1996 rief das Staatskomitee einen „Rat der Kirchen und Religiösen Organisationen" ins Leben. Dieses beratende Organ setzte sich aus den Leitern aller größeren Denominationen zusammen und repräsentierte über 90 % der Gläubigen. Das Staatskomitee kam regelmäßig mit Vertretern der religiösen Gemeinschaften und diesem Rat zusammen, wenn auch dessen Beschlüsse nur die Form von Empfehlungen hatten. 1994 versuchte man, das Staatskomitee für Religiöse Angelegenheiten in ein Ministerium „für Angelegenheiten von Nationalitäten, der Migration und des Kultus" umzubauen, was aber erfolglos blieb.[45]

45 *Turij,* Staat und Religion in der Ukraine. Eine Chance für Kirche und Staat im Grenzraum der Europäischen Union, (2005), 111.

Krawtschuk, der erste frei gewählte ukrainische Staatspräsident, ein Reformkommunist nationaler Prägung, konzentrierte sich auf die Orthodoxie. Zwar erklärte er 1991 noch öffentlich, es solle „keine staatliche, keine privilegierte, keine führende Religion oder Kirche" in der Ukraine geben,[46] doch bald darauf setzte seine Kampagne für eine unabhängige Kirche in einer unabhängigen Ukraine ein. Die Aufgabe einer solchen erkannte er in den ersten Jahren der ukrainischen Unabhängigkeit darin, die Geschlossenheit des ukrainischen Volkes und die ukrainische Staatlichkeit zu unterstützen. Sein erklärtes Ziel bestand daher in der Herstellung einer unabhängigen ukrainischen orthodoxen Kirchenorganisation.[47] Die Voraussetzung dafür im kirchenrechtlichen Sinn ist die Vereinigung aller orthodoxen Kirchen in der Ukraine, auf deren Gebiet nur eine einzige orthodoxe Kirche existieren darf.

Dieser Plan schlug aber aufgrund der innerkirchlichen Widerstände fehl. Krawtschuk hatte sich ausgerechnet den Patriarchen der UOK-KP Filaret als Verbündeten gewählt, der aufgrund anrüchiger Verbindungen und seiner zweifelhaften Vergangenheit von einer Reihe orthodoxer Bischöfe abgelehnt wurde.[48] Filaret war bis zum Ende der Sowjetunion Exarch der ROK in der Ukraine gewesen, bis er die Fronten wechselte und für die Eigenständigkeit einer orthodoxen ukrainischen Kirche eintrat. 1992 unternahm Krawtschuk den Versuch, den ökumenischen Patriarchen Bartholomäus dazu zu bringen, die Autokephalie der ukrainischen Orthodoxie anzuerkennen, was dieser aber ablehnte. Krawtschuk erhielt als Gegenleistung für sein Eintreten für die Orthodoxie Filarets offene Unterstützung im Wahlkampf zur Präsidentschaft im Sommer 1994.[49]

Die Präsidentschaft Kutschmas (1994–2004)

Unter Kutschma, dem Nachfolger Krawtschuks, wurde die Religionspolitik in eine etwas andere Richtung gelenkt. Weil der von Krawtschuk eingesetzte Rat der Kirchen und Religiösen Organisationen die UOK-KP als Staatskirche propagierte, wurde er von Kutschma nach dessen Wahl aufgelöst. Ein Jahr später wurde der

46 *Wilson,* The Ukrainians, (2005), 234.

47 *D'Anieri, Kravchuk und Kuzio,* Politics and Society in Ukraine, (1999), 86–88.

48 Zur Person Filarets, zu seinen, wie bei allen zu sowjetischer Zeit ernannten Bischöfe bestehenden, Verbindungen zum KGB, sowie zu den Ablösungsbewegung der orthodoxen Kirche in der Ukraine vom Moskauer Patriarchat vgl. die Kapitel „Kollaboration mit dem KGB" sowie „Der Fall ‚Ukraine'" bei *Behrens,* Die Russische Orthodoxe Kirche: Segen für die „neuen Zaren"? Religion und Politik im postsowjetischen Rußland (1991–2000), (2002); *Anderson,* Religion, State and Politics in the Soviet Union and Successor States, (1994), 189–191.

49 *Ott,* Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998, (1999), 60.

Rat aber wieder eingesetzt, um den „Dialog zwischen den Religionen" zu fördern, wie das Ziel des neuen Präsidenten lautete. Kutschma betonte die Trennung von Kirche und Staat stärker, wobei der Staat in religiösen Fragen nach außen hin eine neutrale Position einzunehmen versuchte. Kutschmas Ansicht nach, sollten die Kirchen dennoch die Gesellschaft konsolidieren, wofür sie sich aber noch nicht ausreichend einsetzten. Seine Absicht bestand daher darin, die Kirchen in seinem Sinn zu beeinflussen. Dabei setzte er bewusst eine religiös konnotierte Außendarstellung ein, um sich die Zusicherung der kirchlich gebundenen Ukrainer zu sichern.[50] Ein Ereignis erschütterte in der ersten Zeit seiner Regierung das Ansehen Kutschmas bei Teilen der orthodoxen Bevölkerung: Um zu verhindern, dass der Patriarch der UOK-KP Volodymyr (Romanjuk) in der Kiewer Sophienkathedrale, die sich als Museum noch im staatlichen Besitz befindet, beigesetzt werden würde, wurde der Leichenzug am 18. Juli 1995 von Polizeieinheiten aufgehalten.[51] Dabei kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen, die als „Schwarzer Dienstag" in die ukrainischen Annalen eingingen.

Dann wuchs das Interesse Kutschmas an einer gemeinsamen orthodoxen Kirche in der Ukraine. Während er noch 1995 eine Initiative von Parlamentariern zur Bildung einer nationalen ukrainischen Kirchengemeinschaft nicht ausdrücklich gefördert hatte,[52] versuchte die ukrainische Regierung schließlich, vertreten durch den Rat für Religiöse Angelegenheiten, die Verhandlungen zwischen dem Ökumenischen und dem Moskauer Patriarchat zu beeinflussen.[53]

Beide ukrainischen Präsidenten erkannten also gleichermaßen Kirchen als Machtfaktoren und versuchten, sie für sich auszunutzen, wenn auch auf unterschiedlichen Wegen: Krawtschuk bevorzugte die Installierung einer von Moskau unabhängigen orthodoxen Kirche, Kutschma wollte nach Möglichkeit alle Kirchen in die Pflicht nehmen und kontrollieren. Letztlich scheiterte Krawtschuk mit seiner Idee, Kutschma konnte sein Ziel ebenfalls nicht durchsetzen.

Die Regierungs- und politische Krise der Jahrtausendwende war der Grund dafür, dass Kutschma an den Kirchen und insbesondere an der Orthodoxie weiter Interesse zeigte. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem schwachen Fortschritt der wirtschaftlichen Reformen und mit dem autoritär-diktatorischen Herrschaftsstil des Präsidenten erreichte nämlich im Jahr 2000 einen Höhepunkt, der sogar die Position des Präsidenten in Frage stellte. Die politische Opposition ernannte ein Gegen-Parlament, dazu kamen landesweite Proteste wegen einer Verstrickung

50 Vgl. beispielsweise die Metapher: „Ich muß das Kreuz tragen", in *Follath und Helmerich,* Der Spiegel, Nr. 27, (1995).

51 *Plokhy,* Church, State and Nation in Ukraine, (1999), 15–24; *Prizel,* Ukraine between proto-democracy and ‚soft' authoritarianism, (1997), 350.

52 *Kuzio,* In Search of Unity and Autocephaly: Ukraine's Orthodox Churches, (1997), 406.

53 *Bryner,* Konferenz über Kirchen in der Ukraine, (2002), 9.

des Präsidenten in den Mord an dem regierungskritischen Journalisten Gongadze. In dieser Situation suchte Kutschma zur Stützung seiner Macht die engere Anbindung an die Kirchen. So rief er in seiner Neujahrsansprache im Januar 1999 die orthodoxen Kirchen in der Ukraine zur Einheit auf und verwies darauf, dass christliche Werte die Gesellschaft führen sollten. Kutschma bemühte sich ferner, auch die Restituierung ihres zu Sowjetzeiten beschlagnahmten Eigentums zu beschleunigen. Er wies die Behörden an, neues Land für Friedhöfe und Kirchengebäude bereitzustellen, und leitete weitere Hilfestellungen für religiöse Organisationen in die Wege. Eine demonstrative Anwesenheit des Präsidenten bei Gottesdiensten war ebenfalls auffällig, beispielsweise bei der 950-Jahr-Feier des Kiewer Höhlenklosters im August 2001. An der Jubiläumsfeier anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Rates der Kirchen und Religiösen Organisationen nahm Kutschma ebenfalls teil und zog eine positive Bilanz der Tätigkeit der Einrichtung.[54] Auch für die Autonomie der Orthodoxie in der Ukraine setzte sich der Präsident ein. Im August 2001 bat er die ROK um die kanonische Autonomie für die UOK-MP, erhielt aber die abschlägige Aufforderung, er solle sich nicht in kirchliche Angelegenheiten einmischen. Bei einem erneuten Treffen mit dem Patriarchen der ROK Aleksij II. im November 2001 wurde abermals die Problematik der Orthodoxie in der Ukraine zur Sprache gebracht.[55]

Auch die internationalen Verbindungen der Kirchen in der Ukraine – nicht nur der Orthodoxie, sondern aller Kirchen und Minderheitenkirchen – wurden zugunsten der ukrainischen Innenpolitik herangezogen, um damit unmittelbar die Position des Präsidenten zu stützen. Jedoch blieb die Orthodoxie in der Ukraine deshalb besonders bedeutsam, weil sie außenpolitische Implikationen zum wichtigsten Nachbarstaat im Osten, zu Russland, birgt. Dies ist auch in der Diskussion über die Autokephalie der orthodoxen Kirche in der Ukraine bemerkbar. Für den ukrainischen Staat ist diese kirchenrechtliche Angelegenheit zur politischen geworden, denn reaktionäre Kräfte wie die ukrainischen Kommunisten und Sozialisten unterstützen das Moskauer Patriarchat, um die politische Bindung an Moskau zu halten.[56] Hingegen lehnen ukrainische Gläubige den russischen Einfluss

54 *Kuchma Meets with Council of Churches and Religious Organizations,* 4. Januar 2002, vgl. www.risu.org.ua [Zugriff am 28. 12. 2009].

55 *President Kuchma Discusses Orthodox Issues with Russian Patriarch Alexis II,* 14. Dezember 2001, vgl. www.risu.org.ua [Zugriff am 29. 12. 2009].

56 Während der Zuspruch für die kommunistische Partei in der Ukraine in den 1990er Jahren noch hoch war, ist er nach der Orangenen Revolution wesentlich zurückgegangen. Im einzelnen erhielt die KP bei den Parlamentswahlen 1998 insgesamt 24,7 %, 2002 insgesamt 20,0 %, 2006 insgesamt 3,7 % und 2007 insgesamt 5,4 %. Die Sozialistische Partei der Ukraine fuhr bei den Wahlen zunächst noch Ergebnisse im zweistelligen Bereich ein, bei den Parlamentswahlen 2007 scheiterte sie aber an der 3 %-Hürde.

und die Steuerung ukrainischer Gemeinden durch Moskau ab und treten für die Autokephalie ein, die für sie auch ein wichtiges Element des ukrainischen Nationalstaats ausmacht. Das Thema wurde auf höchster politischer Ebene zwischen Kutschma und dem damaligen russischen Präsidenten Putin diskutiert. Bei einem Besuch Putins im Juli 2001 auf der Krim, wo die im 2. Weltkrieg zerstörte Vladimir-Kathedrale restauriert und eingeweiht wurde, betonten der russische wie der ukrainische Staatschef die Bedeutung der „orthodoxen Werte, welche die Einheit zwischen dem russischen und dem ukrainischen Volk begründeten".[57] Die Orthodoxie sollte somit die politische Verbindung zwischen Moskau und Kiew stärken.

Papstbesuch 2001: Instrumentalisierung durch Anreize?

Einer anderen Begegnung wird sogar eine Kutschma das Amt erhaltende Funktion zugeschrieben: dem Besuch des damaligen Papstes in der Ukraine, der in eine Zeit heftiger innenpolitischer Querelen um den Staatspräsidenten fiel. Bei diesem für Kiew wichtigen Staatsbesuch blieb sogar der Protest aus Moskau ungehört. Als Johannes Paul II. nämlich im Juni 2001 seine – vorher lange geplante – Pastoralreise in die Ukraine antrat, geschah dies auf Einladung Kutschmas, während die ROK laut dagegen protestierte;[58] der Moskauer Patriarch Aleksij II. rief zu Demonstrationen gegen den Papst in Kiew auf und beschimpfte ihn als Antichrist.[59] Der Besuch im Kiewer Höhlenkloster, einem wichtigen Heiligtum der Orthodoxie, das dem Moskauer Patriarchat untersteht, wurde dem Papst verweigert. Der Hintergrund der seit geraumer Zeit bestehenden Kontroverse waren die vom Patriarchat geäußerten Vorwürfe, der Vatikan würde in Osteuropa auf Kosten der Orthodoxie missionieren, und lag ferner im Streit um die Rückgabe der unter kommunistischer Zeit den orthodoxen Kirchen in der Westukraine übergebenen Kirchen an die Unierten begründet. Während daher der Patriarch der Kiewer Metropolie einem Treffen fernblieb, kamen Vertreter der beiden anderen (unkanonischen) orthodoxen Kirchen; allerdings entstand dabei fast ein Skandal, da der Papst seinerseits die Begegnung mit Patriarch Filaret ablehnte, dieser aber bei einem Empfang mit dem ukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen auftauchte.

---

57 Vgl. http://news.bbc.co.uk/2/hi/world/monitoring/media_reports/1462322.stm [Zugriff am 28. 12. 2009].

58 *Stricker,* In heikler Mission. Papst Johannes Paul II. in der Ukraine, (2001); *Heyken,* Der Besuch des Papstes in der Ukraine, (2001).

59 *Ludwig,* Mahnwachen ziehen auf, um einen Besuch des Papstes im Kiewer Höhlenkloster zu verhindern, (2001), 3.

Für Kutschma kam der Besuch des ausländischen Würdenträgers während der schwelenden Staatskrise zur richtigen Zeit. Seine Teilnahme an einer Reihe von Veranstaltungen und Messen zu Ehren des Heiligen Vaters verfehlte ihre Wirkung auf die ukrainische Bevölkerung nicht. Allerdings dürfte Kutschma die Botschaft von Johannes Paul II. nicht sehr gefallen haben. Zwar rief dieser die Gläubigen zu Annäherung, Ökumene und gegenseitigem Verzeihen der Kirchen auf und bat um Vergebung für die Verfehlungen der katholischen Kirche in der fernen und jüngsten Vergangenheit, doch hielt er gleichfalls den ukrainischen Politikern eindringlich vor Augen, sie sollten ihrem Volk dienen und der Versuchung widerstehen, ihre Macht zugunsten von persönlichen oder von Gruppeninteressen auszunutzen.

Insgesamt wurde der Erfolg des Besuchs des Oberhauptes der katholischen Kirche zwiespältig beurteilt: Für die Gläubigen auch nicht-katholischer Denominationen war er ein spirituelles Erlebnis, den katholischen Kirchen brachte die Seligsprechung von 26 ukrainischen Glaubenszeugen eine Aufwertung und Anerkennung ihres Einsatzes im Untergrund während der Jahre der Verfolgung, im Verhältnis zur ROK wurde aber keine Verbesserung erreicht (diese signalisierte allerdings auch nicht, dass ihr an guten Kontakten zum Vatikan gelegen war). Kutschma seinerseits konnte der ukrainischen Bevölkerung ein glanzvolles Ereignis und den Papst, der ja auch ein Staatsoberhaupt ist, als Vertreter eines westlichen Landes vorführen und damit von seinen eigenen Problemen ablenken. Dabei trat das Verhältnis zum Moskauer Patriarchat so weit in den Hintergrund, dass der Patriarch erstmals öffentlich von ukrainischen Medien wegen seiner sturen Haltung kritisiert wurde. Auch mag ein am 1. Juni 2001 in Kraft getretener strafrechtlicher Passus über die Aufhebung der Todesstrafe, der vom Parlament in Kiew angenommen und von Kutschma bestätigt wurde, gerade als demonstrative Geste in Hinblick auf den Papstbesuch zustande gekommen sein.

Weitere strittige Punkte, die von den Kirchen in der Ukraine immer wieder vorgebracht wurden, wurden einer Lösung näher gebracht: So unterzeichnete Kutschma im März 2002 ein Dekret über die Wiederherstellung der Rechte von Kirchen und religiösen Organisationen, die von der Sowjetunion verletzt worden waren.[60] Damit erhielt auch die unierte Kirche bessere Möglichkeiten, die von ihr erbetene und bislang verweigerte Rehabilitierung durchzusetzen.

Diese Beispiele deuten dezidiert darauf hin, dass die kirchlichen Gemeinschaften in der Ukraine stärker herangezogen werden sollten zur Unterstützung der politischen Situation. Dazu sollten sie aber nun nicht mehr, wie zu sowjetischer Zeit, gezwungen oder angewiesen werden, sondern durch „Anreize" animiert werden.

---

60 *Kuchma Signs Decree on Restoration of Religious Rights,* 28. März 2002, vgl. news@risu.org.ua.

Politische und wirtschaftliche Stagnation

Insgesamt kam unter Krawtschuk wie unter Kutschma die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Transformation der Ukraine zum Stehen. Zu den Gründen gehörte unter anderem, dass eine breite Schicht der Nomenklatur, die nach dem Systemwechsel ihre Ämter behielt und ein persönliches Interesse an unklaren politischen Verhältnissen hegte, für eine interne Blockade von wirtschaftlichen Reformanstrengungen sorgte.[61] Dabei wäre die Ausgangslage für ökonomischen Wohlstand, gemessen an anderen ehemaligen sowjetischen Republiken, nicht schlecht gewesen, besaß die Ukraine doch Schwerindustriekomplexe, Rohstoffe – vor allem Kohle und Eisen – und nährstoffreiche Ackerböden. Allerdings erwies sich weder die Produktivität von Betrieben noch die Qualität der erwirtschafteten Produkte auf dem internationalen Markt als konkurrenzfähig; Öl und Gas mussten teuer importiert werden. Zudem schritt die Privatisierung von Großbetrieben wenig fort, Strukturreformen fehlten weitgehend, ein Mittelstand als Träger von wirtschaftlicher Innovation sowie von unternehmerischer Risikobereitschaft entstand nicht; das *know how* handwerklicher und landwirtschaftlicher Berufe wurde neuen Standards nicht angepasst. Weitere reform- und privatisierungshemmende Erscheinungen vor allem bei den Behörden waren die verbreitete Korruption, mafiöse Strukturen und bürokratische Hindernisse sowie die oligarchisch kontrollierte und monopolisierte Großindustrie.[62] Ein nicht geringer Teil der Einwohner, für die kaum soziale Sicherungen errichtet wurden, lebte von der Schattenwirtschaft und musste – falls sie überhaupt einen Arbeitsplatz besaßen – mit einem sehr geringen Einkommen auskommen.

Zur wirtschaftlichen Misere kam die Schwäche des politischen Systems, das zwar *de jure* auf demokratischen Grundlagen stand, aber dennoch antidemokratische und autoritäre Züge entwickelt hatte. Die Verfassung von 1996 hatte ein semipräsidentielles System begründet, die Legislative war stark fragmentiert; institutionelle Krisen wurden durch extrem polarisierte politische Blöcke und deren interne Auseinandersetzungen bedingt.[63] In dieser Konfigurierung waren tiefgreifende Strukturreformen nicht in Sicht. Kutschma war am Schluss die zentrale Figur bei der Blockade des demokratischen Systems. Mehr und mehr konzentrierte

61 Über die wirtschaftliche Transformation des Landes und ihre Schwierigkeiten vgl. unter anderem: *Åslund und de Ménil* (Hgg.), Economic Reform in Ukraine. The Unfinished Agenda, (2000); *Hoffmann und Möllers* (Hgg.), *Ukraine on the Road to Europe,* (2001).

62 *Pleines,* Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004, (2005).

63 *Merkel* et al (Hgg.), Defekte Demokratie, (2003), 170; allgemein: *Helmerich,* Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie. Institutionen und Akteure, (2003); *Gallina,* Staat, institutioneller Wandel und staatliche Leistungsfähigkeit in der Ukraine, (2006).

der Staatspräsident die staatliche Macht auf sich.[64] So ließ er sich in einem Referendum im Jahr 2000 eine breite Ausweitung seiner Rechte zusichern. Dazu kontrollierte er zunehmend die Medien und die journalistische Berichterstattung. War bereits der Präsidentschaftswahlkampf 1999 wegen der Medien-Manipulationen stark kritisiert worden, so griff Kutschma bei den folgenden Wahlen immer stärker auf unlautere Methoden zurück. Die Präsidentschaftswahlen 2004 allerdings konnte er nicht mehr zu Gunsten seines favorisierten Nachfolgers entscheiden.

5 Abschluss der Transitionsphase: Die Orangene Revolution 2004

Die Wahlen zu Ende des Jahres 2004, die nicht nur zur Ablösung Kutschmas und zum Wechsel im Präsidentenamt, sondern auch zu einer Änderung der gesamten politischen Richtung in Kiew führten, hatten die größte Reorganisation der politischen Rahmenbedingungen seit 1991 zur Folge. Ihnen kommt daher in der ukrainischen Transformation die Rolle eines Katalysators zu. Die autoritäre Position des Präsidenten wurde eingeschränkt, das Präsidialsystem wurde in ein parlamentarisches System übergeführt, so dass nun in der Ukraine eine stärkere Hinwendung zu demokratischen Normen und Werten zu verzeichnen ist. Die Akteure, die diese Entwicklung voranbrachten, waren die auf den Straßen Kiews und vieler anderer ukrainischer Städte demonstrierenden Bürger – zum ersten Mal meldete sich auf breiter Ebene, in der West- wie in der Ost- und in der Zentralukraine, eine Zivilgesellschaft mit großer Entschlossenheit und pochte massiv auf die Einhaltung der demokratischen Spielregeln. Denn beim Wahlgang am 31. Oktober, bei dem kein Kandidat die absolute Mehrheit erhielt, waren Wahlfälschungen zugunsten des Favoriten Kutschmas, Viktor Janukowytsch, vorgenommen worden. Als auch im zweiten Wahlgang am 21. November offiziellen Angaben zufolge Janukowytsch in der Stichwahl gegen seinen Herausforderer Viktor Juschtschenko angeblich gewonnen hatte, regte sich angesichts der offensichtlichen Manipulationen im ganzen Land Protest. Sein Zentrum war der Platz der Unabhängigkeit in Kiew, wo eine Zeltstadt errichtet worden war. Nach längeren Verhandlungen sprach sich das Verfassungsgericht der Ukraine dafür aus, die Stichwahl am 26. Dezember wiederholen zu lassen. Diese gewann der Kandidat der „Orangenen", Juschtschenko.[65] War die (wie Rjabčuk formuliert) „Revolution" in der Ukraine der Jahre

64 *Bos,* Leonid Kutschma. ‚Spieler' mit demokratischen Institutionen, (2006); *Kowall,* Leonid Kutschma und die Oligarchen: Vom Gewinnen und Verlieren der Macht, (2006).

65 Allgemein zum Ablauf und zu Folgen der Orangenen Revolution: *Bredies* (Hg.), Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine. Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des

1989–1991 in erster Linie eine solche der Ukrainer für Ukrainer gewesen, bei der die nationale Unabhängigkeit dominierte und daher auch unvollendet bleiben musste, weil sie nicht bei allen Ukrainern Unterstützung gefunden hatte, so stellte die Revolution von 2004 „eine Revolution aller Bürger gegen den autoritären Staat dar, der sich auf die Hörigkeit seiner Untertanen stützte".[66]

Es waren vordergründig keine religiösen Ziele, die in dieser „ukrainischen Revolution" erreicht werden sollten, daher ist wohl zu begründen, warum die Mehrheit der politologischen und soziologischen Darstellungen der Orangenen Revolution die Rolle der Religionen und ihrer Vertreter in diesen dramatischen Wochen und Monaten kaum zur Kenntnis nimmt.[67] Dennoch war unter der säkularen Oberfläche der Bewegung eine religiöse Erfahrung in einem ökumenischen Geist festzustellen. Jeder Protesttag wurde mit einem Gebet eröffnet, an den Wochenenden fanden Messen für die Gläubigen statt, bei denen sich die Geistlichen verschiedener Konfessionen abwechselten.[68] Auch dies mag allgemein dazu beigetragen haben, dass der Protest der Massen friedlich blieb, was keine Selbstverständlichkeit war. Weiter handelte es sich in den „orangenen Tagen" um den ersten Wahlkampf, bei dem die führenden Kandidaten als gläubige Christen wahrgenommen wurden und sich auch als solche darstellen ließen. Dabei musste allerdings die demonstrative Zur-Schau-Stellung der orthodoxen Zugehörigkeit bei Janukowytsch aufgesetzt wirken,[69] während Juschtschenko sich zwar ebenfalls als gläubiger orthodoxer Christ bekannte, aber gleichzeitig seinen Respekt vor anderen Religionen ausdrückte und damit verbindlicher blieb.[70] In seiner Wahlkampfstrategie verfolgte Janukowytsch dabei den traditionellen „orthodoxen" Kurs, den vorher auch Krawtschuk und Kutschma eingeschlagen hatten, während Juschtschenko, selbst Angehöriger der UOK-MP, seine religiöse Neutralität betonte und die eigene konfessionelle Bindung hinten anstellte. Dies war

Parlamentarismus?, (2005); *Strasser,* Zivilgesellschaftliche Einflüsse auf die Orange Revolution: Die gewaltlose Massenbewegung und die ukrainische Wahlkrise, (2004); *Templin,* Farbenspiele – die Ukraine nach der Revolution in Orange, (2008), siehe S. 122 den Verweis auf die orthodoxe Kirche als Mittel der Einflussnahme der russischen Regierung auf die Ukraine; die Orangene Revolution als „misslungenes Projekt der amerikanischen Polittechnologen" bei: *Kozyrev,* Die Wahrheit über die orange Revolution. Ukraine am Scheideweg, (2006).

66 *Rjabčuk,* Die reale und die imaginierte Ukraine, (2006), 134–135.

67 *Åslund und McFaul* (Hgg.), Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough, (2006); *Wilson,* Ukraine's Orange Revolution, (2005); *Mitrokhin,* Aspects of the Orange Revolution, (2007).

68 *Karatnycky,* What They Believe, (2004).

69 Unter anderem ließ er sich auf einem Plakat auch vom Erzengel Michael unterstützen. Vgl. *Wilson,* Ukraine's Orange Revolution, (2005), Bild 2 im Bildteil nach S. 82.

70 *Turiy,* Wie Religion ins Spiel kam. Die Kirchen und die ‚Orangene Revolution' in der Ukraine, (2005).

als ein neues Element in den bisherigen Wahlkämpfen in der Ukraine zu werten. Der Erfolg gab Juschtschenko Recht, dabei gewann er auch Gebiete für sich, in denen die UOK-MP, die Janukowytsch favorisierte, die größere Kirchenorganisation besaß.[71]

Unabhängig von Janukowytsch, Juschtschenko und ihren Wahlstrategen waren im Wahlkampf aber auch kirchliche Vertreter als solche an der Front zu finden. Sie mischten sich auf der politischen Ebene in das Geschehen ein, unterstützten aber auch die Protestierenden, und zwar auf entgegengesetzten Seiten, und dies mehr oder weniger offen:

Nachdem Janukowytsch als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden war, wurde sein Wahlkampf von der UOK-MP und der ROK aktiv unterstützt.[72] Diese moralische Hilfe war auch deshalb nötig, weil Janukowytsch in jungen Jahren aufgrund krimineller Vergehen im Gefängnis gesessen hatte und seine Glaubwürdigkeit erhöhen musste. Er bekannte sich im Wahlkampf wiederholt öffentlich zu seiner Religiosität, und Metropolit Volodymyr (Sobodan) von Kiew begleitete ihn bei seinem Besuch des Panteleimon-Klosters auf dem Athos sowie auf seiner Reise durch das Heilige Land Ende August 2004, bis er ihm – als einzigen – im September 2004 seinen Segen für den Wahlkampf gab. Während des Wahlkampfes sandte der russische Patriarch Alexis II. eine Botschaft an den regierenden ukrainischen Präsidenten Kutschma, in der er ihn dazu aufrief, die kanonische Orthodoxe Kirche in der Ukraine zu unterstützen, denn die Kirche habe immer nur jene unterstützt, die für die Einheit der kanonischen Orthodoxie eingetreten seien. Dass Janukowytsch bereit war, für diese kanonische Orthodoxie einzustehen, belegte sein Besuch bei Alexis vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 9./10. Oktober 2004. Der Patriarch sicherte Janukowytsch bei dieser Gelegenheit seine Unterstützung für dessen politisches Programm zu. Dieser ließ noch im Oktober 2004 als Ministerpräsident durch das ukrainische Kabinett prompt zwei Kirchen in Cherson der UOK-MP übertragen.[73]

Die Reaktionen der ROK auf den wachsenden Bürgerprotest, der zur Orangenen Revolution führte, waren nicht einheitlich und nicht eindeutig. Im November 2004 übersandte Alexis II. Kutschma einen Brief, in dem er seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, die schweren Zeiten mögen an der Ukraine vorbeigehen. Gleichzeitig rief Metropolit Volodymyr (Sabodan) von Kiew die ukrainische Bevölkerung dazu auf, alle politischen Konflikte hinten anzustellen, denn die Kirche halte sich

71 *Yurash,* Orthodoxy and the 2004 Ukrainian Presidential Electoral Campaign, (2005).

72 Vgl. *Gretskiy,* The Orange Revolution: A Challenge for the Russian Orthodox Church, (2007) sowie *Gretskiy,* Oranževaja revoljucija' i Moskovskij Patriarchat, (2008). Hier auch Belege zu den folgenden Aussagen.

73 Wie in allen postkommunistischen Staaten regelt in der Ukraine das Kabinett die Restitution von kirchlichem Eigentum, das von der kommunistischen Herrschaft enteignet worden war.

aus der Politik heraus. Andererseits wurden in Kirchen der ROK Flugblätter verteilt, die Janukowytsch als „orthodoxen Präsidenten" bezeichneten und vor Juschtschenko als Feind der Orthodoxie warnten. Während die UOK-KP, die unierte Kirche, die protestantischen Religionsgemeinschaften, die katholische Kirche, und andere die Wahlfälschungen der ersten Stichwahl anprangerten und Juschtschenko als rechtmäßigen Gewinner anerkannten, fand sich die UOK-MP nicht zu diesem Schritt bereit. Es schlossen sich auch keine Vertreter der UOK-MP an, als christliche Gemeinschaften der Ukraine gegen die Wahlfälschungen protestierten. Die Leiter von sechs Religionsgemeinschaften richteten am 29. November einen offenen Brief an Präsident Kutschma, in dem sie ihn auf seine Verantwortung für die Durchsetzung der Verfassung hinwiesen.[74] Hingegen warnte bei Demonstrationen im November in Kiew die – der UOK-MP nahestehende – Union der orthodoxen Bruderschaften der Ukraine vor der Expansion der Katholiken und Sekten in der Ukraine, wenn der westlich orientierte Juschtschenko gewinnen würde. In diesem Fall würde auch die Orthodoxie in der Ukraine verfolgt werden.[75]

Bei einer Protestveranstaltung mit mehreren hundert Teilnehmern in Moskau gegen Juschtschenko am 24. Dezember 2004 fanden sich auch Vertreter orthodoxer Vereinigungen aus Russland, darunter die Union der orthodoxen Bruderschaften und die Union der orthodoxen Bürger – also von orthodoxen Laienverbindungen, die teilweise energisch politisch agitierten.

Während des zweiten Wahlgangs am 21. November 2004 wurden in Kirchen der UOK-MP öffentliche Gebete für den Wahlsieg Janukowytschs abgehalten. Auch vor der zweiten Wahlrunde warnte Patriarch Alexis II. die orthodoxen Gläubigen der Ukraine, durch eine falsche Wahlentscheidung die Einheit der brüderlichen slavischen Völker aufzubrechen. Nach dem Ende der Wahlen äußerte sich die ROK nicht mehr weiter zur ukrainischen Innenpolitik, erst wieder, als Juschtschenko als Präsident am 24. Januar 2005 Moskau besuchte.

Anders als die UOK-MP hielten sich die übrigen Religionsgemeinschaften in der Ukraine vor dem ersten Wahlgang mit Wahlempfehlungen zurück, vor allem die unierte Kirche drängte durch eine Reihe von Aktivitäten wiederholt auf einen demokratischen Wahlvorgang. Ihren Priestern untersagte sie die Teilnahme am Wahlkampf und die Kandidatur für Ämter auf regionaler und zentraler Ebene.[76] Hingegen kündigte sie Gebete für einen fairen Verlauf der Wahlen und Gebets-

74 Vgl. http://www.risu.org.ua/eng/news/article;3816/ [Zugriff am 3. 1. 2010].
75 Vgl. http://www.rferl.org/content/article/1056528.html [Zugriff am 3. 1. 2010].
76 Vgl. http://risu.org.ua/eng/news/article;2971 [Zugriff am 3. Januar 2010].

wachen zum selben Zweck an.[77] Ähnlich argumentierte auch die UOK-KP. Sie rief im Juli die ukrainischen Bürger dazu auf, für freie Wahlen zu beten, und riet dazu, einen Kandidaten zu wählen, der diese Würde auch verdiene und entsprechende ethnische und moralische Vorzüge aufweise.[78]

Metropolit Volodymyr (Sabodan) setzte sich von der Haltung des Patriarchen der ROK ab und sprach sich in einer Adresse zwei Tage vor der Wiederholung des zweiten Wahlgangs dafür aus, Toleranz bei der Wahl zu üben. Gleichzeitig rief er die Gläubigen dazu auf, ihr Wahlrecht auszuüben und dafür zu beten, dass die Wahlen demokratisch und fair durchgeführt würden und den tatsächlichen Willen der Bevölkerung in der Ukraine zeigten.[79] Andererseits verwendeten Priester der UOK-MP in den Regionen während ihrer Predigten die Metapher des Jüngsten Gerichts und beschworen ein Katastrophenszenario, wenn die Gläubigen für Juschtschenko stimmten.[80]

Anders als viele orthodoxe Vertreter Moskauer Patriarchats stellten sich die anderen Kirchen in der Ukraine – die UOK-KP, UAOK, die unierte, katholische und protestantische Kirche – auf die Seite der auf den Straßen protestierenden ukrainischen Bürger, was Juschtschenko zu Gute kam. Dieser legt als gläubiger orthodoxer Christ regelmäßig die Beichte ab und empfängt die Kommunion. Er beendet oftmals seine Reden, indem er die Ukraine, das ukrainische Volk und „den Herrn, unseren Gott" rühmt. Dennoch ist und war er auch im Wahlkampf bemüht, sein ökumenisches Verständnis zu vermitteln. Dabei setzte er durchaus auf die Hilfe der Geistlichkeit und der Kirchen. So nahm er im Dezember 2004 an einem interreligiösen Treffen teil und beschwor die spirituelle Harmonie auf dem „Platz der Unabhängigkeit" in Kiew. Unterstützung erfuhr er insbesondere von zwei einflussreichen religiösen Vertretern, nämlich von Kardinal Ljubomyr Husar (unierte Kirche), und von Patriarch Filaret (UOK-KP). Ersterer bezeichnete das unmoralische Regime Kutschmas, das das ukrainische Volk seiner legitimen Rechte und seiner Würde beraubt hatte, als Grund für die Krise in der Ukraine. Damit entsprach er Juschtschenkos moralischem Appell, Korruption und Verbrechen auf hoher Ebene zu bekämpfen, die zu seinen politischen Zielen gehörten.

Mit der Anerkennung und Durchsetzung des Sieges von Juschtschenko fand sich die Kirchenleitung der UOK-MP schnell ab, allerdings äußerten Priester und orthodoxe Organisationen in Russland und in der Ukraine ihren Unmut darüber. So verweigerten sich Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche in Russ-

77 Vgl. http://www.risu.org.ua/eng/news/article;2985/ [01 Juli 04]; vgl. http://www.risu.org.ua/eng/news/article;2991 [Zugriff am 3. 1. 2010].
78 Vgl. http://www.risu.org.ua.news/article;3000 [Zugriff am 3. 1. 2010].
79 Vgl. www.risu.org.ua/eng/news/article;4194 [Zugriff am 4. 1. 2010].
80 Vgl. www.risu.org.ua/eng/news/article;4193 [Zugriff am 4. 1. 2010].

land dem Ergebnis der Orangenen Revolution und erklärten, der Sieg sei Janukowytsch durch die Orangene Revolution gestohlen worden.[81] Auch Priester der UOK-MP in der Ukraine taten sich schwer, den demokratisch gewählten Sieger anzuerkennen und entwarfen drohende Szenarien mit himmlischen Strafen wegen der Niederlage des „von Gott erwählten" Janukowytsch.[82] Andererseits erhielt Juschtschenko ein Gratulationstelegramm der Abteilung für externe Beziehungen der ROK, in dem diese dem Wahlsieger versicherte, die ROK gehe weiter davon aus, dass auch unter ihm die traditionell guten Beziehungen zwischen dem russischen und ukrainischen Volk weiter gepflegt würden.[83]

In der Orangenen Revolution wurde insgesamt deutlich, welche Bedeutung Religion in der ukrainischen Innenpolitik hatte. Die beiden Kandidaten zum Präsidentenamt, Janukowytsch wie Juschtschenko, stellten ihren religiösen Hintergrund bei den Wahlveranstaltungen heraus. Alle religiösen Gruppierungen in der Ukraine engagierten sich aktiv im Wahlkampf. Dabei spiegelte sich in den vielen religiösen Einstellungen auch der politische Pluralismus der ukrainischen Gesellschaft wider, auf den diese während der Orangenen Revolution drängte. Dass die ROK im Wahlkampf auf der orthodoxen Einheit insistierte, die in ihren Augen länder- und nationsübergreifend errichtet werden sollte, fand nicht die Unterstützung aller orthodoxen Gläubigen in der Ukraine. Die ROK wirkte dabei als verlängerter Arm der russischen Außenpolitik, sie argumentierte national, nicht religiös, und trug dazu bei, dass sich die politischen und religiösen Antagonismen in der Ukraine vergrößerten.

Die Orangene Revolution 2004/05 vermochte es zwar nicht, die politischen und wirtschaftlichen Problemlagen der postsozialistischen Regime in der Ukraine völlig zu überwinden, war aber in Bezug auf die nationale Selbstwahrnehmung bedeutend. Denn während des friedlichen Kampfes um die Anerkennung der demokratisch gewählten „orangenen" Regierung solidarisierten sich Ukrainer über die Sprach-, Herkunfts- und Kulturdifferenzen hinweg miteinander und stärkten so die Grundlagen einer nationalen Zivilgesellschaft.

---

81 Vgl. bei *Gretskiy,* Oranževaja revoljucija i Moskovskij Patriarchat, (2008).

82 Vgl. www.risu.org.ua/eng/news/article;4199/# [Zugriff am 3. 1. 2010].

83 *Russian Orthodox Metropolitan Hopes Yushchenko will „maintain" High Ukrainian, Russian Relations,* 21. Januar 2005, Vgl. www.risu.org.ua/eng/news/article;4463 [Zugriff am 3. 1. 2010].

6 Konsolidierungsphase: Aktuelle Situation und Positionen

Nach der Orangenen Revolution brach in der ukrainischen Politik erstmals die Erstarrung und Blockade auf, die unter Kutschma jahrelang das Land gelähmt und die eine grundlegende Systemtransformation verhindert hatte. Erst mit dem Amtsantritt Viktor Juschtschenkos als Staatspräsident endete die postsowjetische Ära, auch wenn unter ihm bisher die sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Zeit noch immer nicht behoben werden konnten. Dabei beruft sich der „Orangene" Sieger in seiner Amtsführung immer wieder auch auf seine spirituellen Wurzeln im weitesten Sinn.

Er ließ von Anfang seiner Regierungszeit an keinen Zweifel daran aufkommen, dass er seine persönliche religiöse Bindung weiter pflegen werde. Seinen Amtseid leistete er am 23. Januar 2005 sowohl auf die ukrainische Verfassung wie auch auf die älteste in der Ukraine erhaltene Ausgabe des Evangeliums, das Peresopnytsja-Evangelium aus dem 16. Jahrhundert. In seiner Ansprache an die fast eine halbe Million zählende Menschenmenge auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew nach der Inauguration sagte Juschtschenko, sein Sieg sei der Sieg des gesamten Volkes der Ukraine, für den er Gott danke. Weiter sprach er sich für religiöse Toleranz aus und erklärte, das ukrainische Volk könne weder durch unterschiedliche Sprachen noch Konfessionen noch durch unterschiedliche politische Anschauungen geteilt werden. Jeder solle in seinem eigenen Gotteshaus beten können. Er beendete seine Ansprache feierlich mit den Worten: „Glaubt an die Ukraine, liebt die Ukraine, dient der Ukraine! Ruhm Euch allen, Gott und der Ukraine!".[84]

Dass Juschtschenko gleich an seinem ersten Tag im Präsidentenamt, am 24. Januar 2005, eine Antrittsreise nach Moskau ansetzte und dort auch mit dem Patriarchen der ROK zusammentraf, hatte nicht nur Symbolcharakter, sondern demonstrierte gleichzeitig Juschtschenkos Bestreben, trennende Momente innerhalb der Orthodoxie seines Landes im Dialog zu beheben. Patriarch Alexis reagierte darauf, indem er eine Kehrtwendung seiner bisherigen Haltung vollzog. Das Treffen nahm schließlich doppelt so viel Zeit in Anspruch, wie vorher geplant gewesen war. Alexis äußerte versöhnliche Töne und erklärte, die ROK erkenne den Willen der ukrainischen Bevölkerung an. Die Ukraine möge unter der Regierung Juschtschenkos eine gute Entwicklung nehmen. Gleichzeitig hoffe er, dass die schismatischen Tendenzen innerhalb der Orthodoxie in der Ukraine, die von der Regierung in den 1990er Jahren provoziert worden seien, ein Ende finden mögen. Juschtschenko seinerseits sicherte dem Patriarchen sein Verständnis für

84 Abdruck der Rede in: *Bredies* (Hg.), Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine, (2005), 219–225.

die Lage der orthodoxen Kirche in der Ukraine zu, er wolle aber die seit dem Jahr 2000 bestehende Tradition des Präsidenten und des Premierministers einhalten, an den wichtigsten religiösen Feiertagen die Kirchen aller Denominationen zu besuchen, um seine spirituelle Toleranz zu zeigen.[85]

Dennoch veränderte sich unter Juschtschenko im Verhältnis zwischen Kirche und Staat einiges. Es war keineswegs so, dass Kiew eine anti- oder a-religiöse Politik einleitete, aber die Betonung lag nun auf der religiösen Neutralität des Staates. Der Staat sollte als ein säkularer auftreten. Das Recht auf Glaubensfreiheit sollte aber betont werden und der Staat sollte respektieren, für welche Kirche auch immer sich Gläubige einsetzten. Damit wollte sich Juschtschenko auch in dieser Beziehung von seinen Vorgängern abheben, die Kirchen teils erheblich für ihre Politik instrumentalisiert hatten. Juschtschenko hingegen wollte, dass der Staat in die Kirchen nicht mehr hineinregierte und sie in ihren eigenen Belangen bevormundete. Allerdings brachte die neu ausgerufene staatliche Neutralität alsbald Probleme für die Polizei mit sich. Denn als noch im Februar zwischen verschiedenen Flügeln der UAOK Straßenkämpfe ausbrachen, wagte die Polizei nicht einzugreifen, um nicht einer Seite Vorschub zu leisten.

Das folgenreichste Ereignis, das in der religiösen Sphäre aus der Orangenen Revolution herrührte, war sicherlich Juschtschenkos Beschluss, die staatliche Kommission für Religionsangelegenheiten abzuschaffen.[86] Er erklärte, die Behörde, die über etwa 150 Angestellte verfügte, erinnere an die kommunistische Zeit, als spezielle staatliche Kommissionen kirchliche Fragen an sich zogen und dadurch die ohnehin unter starkem Druck stehenden Religionsgemeinschaften kontrollieren konnten. Für Juschtschenko hatte sich eine solche Institution unter demokratischen Verhältnissen überlebt, und er betonte, unter seiner Regierung solle mit jeder Kirchengemeinschaft unabhängig verhandelt, dabei aber keine Religion bevorzugt oder benachteiligt werden. Unabhängig davon werde der Staat sich nicht mehr in die internen Angelegenheiten der Glaubensgemeinschaften einmischen. Es bleibe weiter jedem einzelnen Gläubigen (individuell) vorbehalten, sich für eine Glaubensgemeinschaft zu entscheiden.[87]

Schließlich wurde aber das Komitee nicht völlig aufgelöst, vielmehr berief das Ministerkabinett am 8. November 2006 ein „Staatskomitee für Nationalitä-

85 Vgl. www.risu.org.ua/eng/news/article;4458 [Zugriff am 29. 12. 2009].

86 Solche Kommissionen bestanden und bestehen in Belarus und Moldova, wo sie demonstrativ die orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats bevorzugen und sie vor anderen orthodoxen und vor nicht-orthodoxen Gemeinschaften schützen. Auch in Aserbaidschan, in Usbekistan und in Turkmenistan werden nicht geduldete religiöse Gemeinschaften durch solche religiösen Komitees unterdrückt. Vielfach arbeiten sie auch mit der jeweiligen Geheimpolizei des Landes zusammen.

87 Vgl. www.risu.org.ua/eng/religion.and.society/digest/article;4859/ [Zugriff am 4. 1. 2010].

ten und Religionen", in dem das Staatskomitee für Religionsangelegenheiten mit dem „Staatskomitee für Nationalitäten und Migrationen" verschmolzen wurden. Einige Kirchenrepräsentanten kritisierten, die Restrukturierung würde die Arbeit des Komitees verzögern, andere drückten ihre Besorgnis darüber aus, dass ein früheres Mitglied der kommunistischen Parlamentsfraktion, Georgyj Popov, zum Vorsitzenden ernannt worden war.

Auch in einem anderen Punkt bahnt sich allmählich eine immer stärkere Positionierung an, die eine große Tragweite hat und um die sich die Regierung Juschtschenko längere Zeit aus verständlichen Gründen zu keiner Entscheidung durchringen konnte. Es geht um das Schisma in der orthodoxen Kirche in der Ukraine, das weiter besteht. Eine Reihe von Angehörigen der Hierarchie erwartet dabei vom Staat – nicht von der Kirche bzw. den Kirchen selbst –, dass dieses gelöst wird. Nachdem aber unter den verschiedenen Richtungen der Orthodoxie unterschiedliche Vorstellungen über eine weitere Organisierung bestehen, ist es für den Staat schwer, hier eine Lösung zu finden. Juschtschenko hat dazu 2006 einen Beschluss im Kontext der politischen Krise des Landes formuliert. Im Zuge des Erlasses eines „Universals der nationalen Einheit", in dem unter anderem der NATO-Beitritt der Ukraine und die Sprachpolitik – die Durchsetzung des Ukrainischen trotz eines Teils russischsprechender Bürger – diskutiert wurde, wurde auch angeregt, eine einzige nationale orthodoxe Kirche in der Ukraine zu schaffen. Juschtschenko begründete dies mit der Behauptung, die Nation warte auf die Schaffung einer vereinten Orthodoxie. Zudem stelle sich diese Frage als politische Notwendigkeit, denn ohne spirituelle Einheit könne keine politische Einheit der Ukraine hergestellt werden. Die Kirche sei zwar vom Staat unabhängig, aber es sei „unsere Aufgabe als Laien, als Personen, die die Kirchen besuchten, keine fragmentierte, sondern eine vereinte, einzige orthodoxe Kirche zu sehen". Eine Einheit der Gesellschaft setze eine spirituelle Einheit voraus. Es blieb dem Führer der kommunistischen Partei, Petro Symonenko, vorbehalten, auf die ukrainische Verfassung und die dort verankerte Trennung von Kirche und Staat hinzuweisen, wodurch die Schaffung einer nationalen ukrainischen Kirche den Gläubigen, nicht aber der Regierung vorbehalten bleibt.[88]

Die Problematik, wie diese nationale orthodoxe Kirche strukturiert und insbesondere, von wem sie geleitet werden soll, steht weiter im Raum. Die UOK-MP ist strikt gegen eine solche nationale Orthodoxie, wohl wissend, dass sie dadurch ins Hintertreffen geraten würde, während die UOK-KP die orthodoxe Vereinigung befürwortet. Patriarch Filaret setzt dabei insbesondere auf die Person Juschtschenkos, der dies, wie er formuliert, bewirken solle nach dem Vorbild Putins,

88 Vgl. www.risu.org.ua/eng/news/article;11201 [Zugriff am 4. 1. 2010].

der die Union der ROK und der ROK im Ausland herbeiführte, die sich jahrzehntelang gegenseitig der Häresie und des Schismas beschuldigt hatten.[89]

Juschtschenko stellt sich dabei auf den Standpunkt, keiner orthodoxen Richtung solle der Vorzug gegeben werden. Sein Versuch, zunächst eine bilaterale Kommission zwischen der UOK-MP einerseits und der UOK-KP und den Autokephalen andererseits einzusetzen, scheiterte. Größere Hoffnungen seitens der Regierung werden gesetzt auf eine Bürgerorganisation mit dem Namen „Eine nationale Kirche für die Ukraine", die von Petro Juschtschenko, Abgeordneter und Bruder des Präsidenten, geleitet wird. Sie soll die orthodoxen Gemeinschaften der Ukraine zusammenführen und hat mit dieser Zielsetzung bereits mehrere Foren veranstaltet.

Ob eine Vereinigung der Orthodoxie in der Ukraine tatsächlich zustande kommt, und ob von einer solchen dann politische Einflüsse ausgehen, bleibt abzuwarten. Unabhängig von den Hoffnungen, die auf Juschtschenko in dieser Hinsicht gesetzt werden, ist dieser weiter konfrontiert mit dem Fortgang der noch nicht völlig erreichten politischen und ökonomischen Transformation. Nach der Orangenen Revolution wurde ein erneuter Schub für die Transformation des Landes erwartet,[90] und tatsächlich sind in der Ukraine Fortschritte hin zu einer Demokratisierung und politischen Normalisierung zu registrieren: Medien können nun unbehindert arbeiten; die Parlamentswahlen im März 2006 gelten als die ersten frei und fair durchgeführten Wahlen im Land. Die Anfang 2006 in Kraft getretene Verfassungsreform verschob die politischen Gewichte deutlich in Richtung auf Parlament und Regierung. Allerdings sind die immer wieder sichtbaren parlamentarischen Gepflogenheiten – Blockaden der Rednerbühne, Handgemenge im Parlament und ähnliches – für westliche Beobachter gewöhnungsbedürftig und zeugen von der unsicheren Regierungszusammensetzung. Dabei zerbrach auch die einst „orangene" Koalition zwischen der Partei Juschtschenkos und seiner damaligen Mitstreiterin und mehrmaligen Premierministerin Julija Tymošenko. In wirtschaftlicher Hinsicht konnten nach der Orangenen Revolution zunächst eine Steigerung der Produktion, des Imports und Exports und eine Bremsung der Inflation erreicht werden, die Privatisierung von Staatsbetrieben geht aber nur langsam voran und die wiederholten Konflikte mit Russland um die Lieferung von Gas beeinträchtigen nach wie vor die Versorgung des Landes mit Heizmaterial. Immerhin kann Juschtschenko aber verweisen auf die Unterzeichnung des EU-Programms der „Neuen Nachbarschaft", abgekürzt ENP (Europäische Nachbarschaftspolitik), im Zuge dessen die Mitgliedsstaaten der EU und die Ukraine 2008 ein Assoziierungsabkommen schlossen. Ferner trat die Ukraine am 16. Mai 2008

89 Vgl. www.risu.org.ua/eng/news/article;16232 [Zugriff am 4. 1. 2010].
90 *Schneider und Saurenbach,* Ukraine – die zweite Transformation, (2004).

in die Welthandelsorganisation WTO ein. Trotz der institutionellen Veränderungen nach der Revolution in Orange stehen aber die Bekämpfung von Korruption in öffentlichen Ämtern, die Sicherung der Unabhängigkeit des Gerichtswesens, die Vereinfachung des Steuerrechts und anderes weiter auf der politischen Agenda.[91]

Was die politische Aktivität von ukrainischen und anderen Kirchen in der Ukraine angeht, so hebt die Transformationsforschung hervor, dass Staat und Kirchen in der Ukraine getrennt funktionieren und dass der „politische Prozess säkularisiert" sei, ohne dass religiöse Dogmen hineinspielen.[92] Kirchen und ihre Angehörigen und Repräsentanten haben dennoch auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Intensität die verschiedenen Phasen des Transformationsprozesses beeinflusst. Dabei waren sie an den dramatisch verlaufenden Wendepunkten der ukrainischen politischen Entwicklung – in der Vorbereitung der Auflösung des sowjetischen Systems vor 1991 und in den orangenen Revolutionsmonaten 2004/05 – durch Personen, die andere mobilisierten und damit das demokratische Potenzial stärkten, besonders aktiv. Zwischen diesen Jahren erschienen Kirchen jedoch eher als Instrument für die Interessen der Politik denn als eigenständige Faktoren der Stärkung der Demokratie. In der Gegenwart hat sich die Orthodoxie, was ihre Organisation angeht, sogar auf einen passiven Zustand zurückgezogen, der sich Hilfestellungen von der Politik erwartet und sich von dieser immer stärker abhängig macht. Die Kirchen als Organisationen werden daher wenig in die weitere Stärkung der Demokratisierung einzubringen haben. Ohne die aktive Mithilfe aber von Politikern und Bürgern, die auch von christlichen Werten angetrieben werden, wird die Konsolidierung der demokratischen Transformation in der Ukraine mühevoll bleiben.

Literaturverzeichnis

Anderson, John. Religion, State and Politics in the Soviet Union and Successor States. Cambridge: Cambridge University Press, 1994.

Åslund, Anders und Georges de Ménil (Hgg.). Economic Reform in Ukraine. The Unfinished Agenda. Armonk, New York, London, England: M. E. Sharpe, 2000.

Åslund, Anders und Michael McFaul (Hgg.), Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington: Endowment for International Peace, 2006.

Arystova, Alla. „Social'no-relihijni procesy v perechidnomu suspil'stvi." [Sozial-religiöse Prozesse in einer Übergangsgesellschaft]. In Istorija relihij v Ukraïni. Pra-

91 *D'Anieri,* Understanding Ukrainian Politics: Power, Politics, and Institutional Design, (2007).

92 *Bertelsmann Stiftung,* Ukraine Country Report. (2008).

ci XI-ï mižnarodnoï naukovoï konferenciï. L'viv : Lohos, 16–19 travnja 2001 roku. Knyha II, L'viv 2001, 11–17.
Aspects of the Orange Revolution, hrg. von verschiedenen Herausgebern, Band 1–6. Stuttgart: ibidem, 2007.
Behrens, Kathrin. Die Russische Orthodoxe Kirche: Segen für die „neuen Zaren"? Religion und Politik im postsowjetischen Rußland (1991–2000). Paderborn [usw.]: Ferdinand Schöningh, 2002.
Bertelsmann Stiftung. Ukraine Country Report. BTI 2008. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2008.
Bilokin, Serhiy. „The Kiev Patriarchate and the State." In The Politics of Religion in Russia and the New States of Eurasia, hrg. von Michael Bourdeaux. Armonk, New York, London, England: M. E. Sharpe, 1995, 182–201.
Bociurkiw, Bohdan. „Religion, Nationalismus und Politik in der Ukraine." In Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates, hrg. von Guido Hausmann und Andreas Kappeler. Baden-Baden: Nomos, 1993, 226–248.
– „Politics and Religion in the Ukraine. Orthodox and Greek Catholics in Ukraine." In The Politics of Religion, hrg. von Michael Bourdeaux. London: Sharpe, 1995, 131–162.
Boeckh, Katrin. „Aus dem kirchlichen Leben der postsowjetischen Ukraine." Kirche im Osten, (42/43), 1999/2000, 144–155.
– „Staat und Kirchen während der Transformation in der Ukraine." In Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine, hrg. von Thomas Bremer. Wiesbaden: Harrassowitz, 2003, 67–89.
Boeckh, Katrin, Aleksandr Ivanov und Christian Seidl. „Die Ukraine im Aufbruch." In Historiographische und kirchenpolitische Aspekte der postsozialistischen Transformation, 33–56 = forost Arbeitspapier Nr. 9, 2002.
Boeckh, Katrin und Ekkehard Völkl. Ukraine. Von der Roten zur Orangenen Revolution. Regensburg: Pustet, 2007.
Bos, Ellen. Leonid Kutschma. „‚Spieler' mit demokratischen Institutionen." In Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa, hrg. von Ellen Bos und Antje Helmerich. Berlin: Lit Verlag, 2006, 79–116.
Bourdeaux, Michael. The Gospel's Triumph over Communism. Minneapolis, Minnesota: Bethany House Publishers, 1991, 162–167.
Bredies, Ingmar (Hg.). Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine. Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus? Stuttgart: ibidem, 2005.
Bremer, Thomas. Konfrontation statt Ökumene. Zur kirchlichen Situation in der Ukraine (= Erfurter Vorträge zur Kulturgeschichte des orthodoxen Christentums, Bd. 1). Erfurt: Universität Erfurt, 2001.
– „Religion and the Conceptual Boundary in Central and Eastern Europe: Introductory Remarks," In Religion and the Conceptual Boundary in Central and Eastern Europe. Encounters of Faith, hrg. von Thomas Bremer. Houndmills [usw.]: Palgrave Macmillan, 2008, 1–15.
Bryner, Erich. „Konferenz über Kirchen in der Ukraine." Glaube in der 2. Welt, 30 (1), 2002, 9.

Dahl, Robert Alan. Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven: Yale University Press, 1971.
D'Anieri, Paul. Understanding Ukrainian Politics: Power, Politics, and Institutional Design. Armonk, New York, London: M. E. Sharpe, 2007.
D'Anieri, Paul, Robert Kravchuk und Taras Kuzio. Politics and Society in Ukraine. Boulder, Colorado, Oxford, England: Westview Press, 1999, 86–88.
Fagan, Geraldine und Aleksandr Shchipkov. „‚Rome is Not Our Father, but Neither Is Moscow Our Mother': Will There Be a Local Ukrainian Orthodox Church?" Religion, State and Society, 29 (3), 2001, 197–205.
Filipovich, Lyudmila. „Tendencies of Change and Growth of New Religious Movements in Ukraine." Religion in Eastern Europe, 19 (5), 1999, 29–45.
Gallina, Nicole. Staat, institutioneller Wandel und staatliche Leistungsfähigkeit in der Ukraine. Eine Studie zum ukrainischen State Building von 1991 bis 2004. Bern [u. a.]: Peter Lang, 2006.
Göls, Cornelia. Die politischen Parteien in der Ukraine. Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung. Frankfurt am Main [usw.]: Peter Lang, 2008.
Gretskiy, Igor. „The Orange Revolution: A Challenge for the Russian Orthodox Church." Paper presented for the 6th Pan-European International Relations Conference „Making Sense of a Pluralist World", September 12–15, 2007. Turin, Italy.
– „Oranževaja revoljucija' i Moskovskij Patriarchat." In Stosunki Międzynarodowe. 37 (1-2), 2008, 195–206.
Helmerich, Martina. Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie. Institutionen und Akteure. Berlin: Duncker & Humblot, 2003.
Heyken, Eberhard. „Der Besuch des Papstes in der Ukraine." Osteuropa, 51 (9), 2001, 1009–1021.
Himka, John-Paul. „The Place of Religion in the Ukrainian National Revival." In Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa, hrg. von Martin Schulze Wessel. Stuttgart: Franz Steiner, 2006, 89–99.
Hoffmann, Lutz und Felicitas Möllers (Hgg.). Ukraine on the Road to Europe. Heidelberg: Physica, 2001.
International Religious Freedom Report 2007, www.state.gov/g/drl/rls/irf/2007/90205.htm# [Zugriff am 13. 3. 2009].
Jordan, Peter (Hg.). „Ukraine. Geographie – Ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Literatur – Politik – Wirtschaft – Recht." In Österreichische Osthefte, Sonderband 15. Wien: Peter Lang, 2001.
Kappeler, Andreas. Kleine Geschichte der Ukraine. 2. Aufl. München: C. H. Beck, 2000.
Kočan, Natalija. „Čy možlyvyj pravoslavno-katolyc'kyj dialoh v Ukraïni v realiach 90-ch rr.? [Ist ein orthodox-katholischer Dialog in der Ukraine in der Wirklichkeit der 90er Jahre möglich?]." In Znaky času do problemy porozuminnja miž cerkvamy. Kyïv: Sfera, 1999, 479–485.
Kowall, Tina. „Leonid Kutschma und die Oligarchen: Vom Gewinnen und Verlieren der Macht." In Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapi-

täne des Systemwechsels in Osteuropa, hrg. von Ellen Bos, Ellen und Antje Helmerich. Münster: LitVerlag, 117–133.
Kozyrev, Illya. Die Wahrheit über die orange Revolution. Ukraine am Scheideweg. Norderstedt: Books on Demand GmbH, 2006.
Krawchuk, Andrii. „Religious Life in Ukraine: Continuity and Change." Religion in Eastern Europe, 16 (3), 1996, 16–26.
Kuzio, Taraz (Hg.), Dissent in Ukraine under Gorbachev. (A Collection of samizdat documents). London: Ukrainian Press Agency, 1989.
– „Das Mehrparteiensystem in der Ukraine. Identitätsprobleme, Konflikte und Lösungen." Osteuropa, 43, 1993, 825–383.
– „In Search of Unity and Autocephaly: Ukraine's Orthodox Churches." Religion, State & Society, 25 (4), 1997, 393–415.
– Ukraine: Perestroika to Independence. Sec. ed. New York: Palgrave Macmillan, 2000.
Linz, Juan J. und Alfred C. Stepan. Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1996.
Little, David. Ukraine. The Legacy of Intolerance. Washington: United States Institute of Peace Press, 1991.
Lüdemann, Ernst. Ukraine. 3., neu bearb. Aufl. München: C. H. Beck, 2006.
Marynowitsch, Myroslaw. „Die Rolle der Kirchen in der postkommunistischen Gesellschaft." In Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991–2001), hrg. von Gerhard Simon. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2002, 175–196.
Merkel, Wolfgang et al (Hgg.): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2003.
Mitrokhin, Nikolai. „Aspects of the Religious Situation in Ukraine." In Religion, State, and Society, 29 (3), 2001, 173–196.
O'Donnell, Guillermo A., Philippe C. Schmitter und Laurence Whitehead. Transitions from Authoritarian Rule: Prospects for Democracy. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1986.
Ott, Alexander. „Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998." Osteuropa, 48 (10), 1998, 994–1009.
– Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1999.
– Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 10. Köln, 2000.
Pleines, Heiko. Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004. (= Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, 19). Münster: Lit Verlag, 2005.
Plokhy, Serhii. „Church, State and Nation in Ukraine." Religion in Eastern Europe, 19 (5), 1999, 1–28.
Prizel, Ilya. „Ukraine Between Proto-Democracy and ‚Soft' Authoritarianism." In Democratic Changes and Authoritarian Reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova, hrg. von Karen Dawisha und Bruce Parrott. Cambridge: Cambridge University Press, 1997, 330–369.

Rjabčuk, Mykola. Die reale und die imaginierte Ukraine. Frankfurt a. Main: Suhrkamp, 2006, 134–135.
Salmon, Benedikt. „‚Die Orthodoxie frißt sich selber auf'. Spaltung der Orthodoxie in der Ukraine." Glaube in der 2. Welt, 25 (11), 1997, 20–26.
– „Die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche als nationaler Faktor in Geschichte und Gegenwart." Ethnos-Nation, 5 (nr), 1997, 33–54.
Schneider, Eberhard und Christoph Saurenbach. Ukraine – die zweite Transformation. SWP-Aktuell 59, Dezember 2004, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1834 [Zugriff am 14. 5. 2008].
– Das politische System der Ukraine. Eine Einführung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.
Strasser, Florian. Zivilgesellschaftliche Einflüsse auf die Orange Revolution: Die gewaltlose Massenbewegung und die ukrainische Wahlkrise. Stuttgart: ibidem, 2004.
Stricker, Gerd. „In heikler Mission. Papst Johannes Paul II. in der Ukraine." Glaube in der 2. Welt, 29 (9), 2001, 12–17.
Subtelny, Orest. Ukraine. A History. Toronto: University of Toronto Press, 2001.
Sysyn, Frank E. „The Third Rebirth of the Ukrainian Autocephalos Orthodox Church and the Religious Situation in Ukraine, 1989–1991." In Seeking God. The Recovery of Religious Identity in Orthodox Russia, Ukraine, and Georgia, hrg. von Stephen K. Batalden. DeKalb, Illinois: Northern Illinois University, 1993, 191–219.
– „The Situation of Orthodoxy in Contemporary Ukraine. State, Nation, and Church." Ethnos-Nation, 5 (1-2), 1997, 9–32.
Szporluk, Roman. Russia, Ukraine, and the Breakup of the Soviet Union. Stanford, Calif., Hoover Institution Press, 2000.
Tatarin, Myroslaw. „Russia and Ukraine: Two Models of Religious Liberty and Two Models for Orthodoxy." Religion, State and Society, 29 (3), 2001, 155–172.
Templin, Wolfgang. Farbenspiele – die Ukraine nach der Revolution in Orange. 2., erweiterte Aufl. Bonn: bpb, 2008.
Turij, Oleh. „Die katholischen Kirchen und die ökumenischen Beziehungen in der Ukraine." Ost-West. Europäische Perspektiven, 2 (2), 2001, 95–106.
– Griechisch-Katholiken, Lateiner und Orthodoxe in der Ukraine: Gegeneinander, nebeneinander oder miteinander? L'viv: Instytut Istoriï Cerkvy L'vivs'koï Bohoslovs'koï Akademiï [o. J.] (= Ukraïna Chrystyjans'ka, Vyp. 9). Ost-West. Europäische Perspektiven, 2 (2), 2001, 95–106.
– „Staat und Religion in der Ukraine. Eine Chance für Kirche und Staat im Grenzraum der Europäischen Union." Ostkirchliche Studien, 54 (2), 2005, 106–114.
– „Wie Religion ins Spiel kam. Die Kirchen und die ‚Orangene Revolution' in der Ukraine." Herder-Korrespondenz, 59 (5), 2005, 261–266.
US Department of State Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, Ukraine. International Religious Freedom Report 2007, (2007). http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2007/90205.htm
Vorndran, Oliver. Die Entstehung der ukrainischen Verfassung. Berlin: Duncker & Humblot, 2000.

Vulpius, Ricarda. Nationalisierung der Religion. Russifizierungspolitik und ukrainische Nationsbildung 1860–1920. Wiesbaden: Harrassowitz, 2005.

Wanner, Catherine. „Advocating New Moralities: Conversion to Evangelicalism in Ukraine." Religion, State and Society, 31 (3), 2003, 273–287.

Wilson, Andrew. The Ukrainians. Unexpected Nation. Yale: Yale University Press, 2000.

Wilson, Andrew. Ukraine's Orange Revolution. New Haven, London: Yale University Press, 2005.

Wyrwoll, Nikolaus. „Drei orthodoxe Kirchen in der Ukraine." Ost-West. Europäische Perspektiven, 2 (2), 2001, 107–118.

Yelensky, Victor. „Das Recht der Religionsgemeinschaften in der Ukraine." In Das Recht der Religionsgemeinschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, hrg. von Wolfgang Lienemann und Hans-Richard Reuter. Baden-Baden: Nomos, 2005, 519–545.

Yurash, Andrij. „Orthodoxy and the 2004 Ukrainian Presidential Electoral Campaign." Religion, State and Society, 33 (4), 2005, 367–386.